A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 11. Juni 1926
Freitag Morgen

Chefredakteur Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5970—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntag und Montag nur einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Wert * Kraft und Stoff Wirtschaft und Recht Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. für 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—:

65. Jahrgang
Tel. 6. m — Nr. 266 — 10 Pfennig

Der Sturm in den Parlamenten.

Dr. F. K. Reichstag und Landtag waren gestern der Schauplatz abstoßender Szenen. Die Kommunisten, die den Entdeckungsrummel inszeniert und die Sozialdemokratie gegen den Willen ihrer Führer in den Strudel mit hineingezogen haben, können zufrieden sein. Die Diskreditierung der Parlamente schreitet weiter fort. Die Verrohung der Debatten, blöde Beschimpfungen, faschemmäßige Froschfeinde beherrschen die Szene, und man wundert sich über nichts mehr.

Der Volksentscheid über die Fürstenenteignung hat Unruhe gebracht. Wenn keine Annahme ist nicht zu rechnen. Wenn die Kommunisten so viel Stimmen wie beim Volksbegehren zusammenbekommen, so wird das für sie schon ein sehr schöner Erfolg sein. Ein Wort muß freilich laut und deutlich gesagt werden: Es hätte niemals diese Leidenschaft der Agitation gegeben, wären einzelne Angehörige der Fürstenhäuser nicht von allen guten Geistern verlassen worden. Wenn die Prinzessin Milja von Montenegro das Versailler Diktat gegen Deutschland anruft und sich den französischen Ordensrittern Poincaré zum Anwalt gegen ihre Heimat wählt, dann arbeitet dieses beschämende Vorgehen den Kommunisten in die Hände, und die Meckenbürgerin gießt Oel ins Feuer. Die entschädigungslose Enteignung aber ist, wie auch der Reichskanzler mit wünschenswerter Deutlichkeit erklärt hat, in einem Rechtsstaate unmöglich. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wird den Volksentscheid durch Stimmenthaltung zu Fall bringen. Der Reichskanzler hat angekündigt, daß die Regierung nach dem selbstverständlich verneinenden Ergebnis der Abstimmung noch vie vor mit aller Entschiedenheit eine gesetzgeberische Regelung antreiben wird; er hat sogar die Drohung ausgesprochen, daß er auch vor den Konsequenzen dieser Haltung, also selbst vor Neuwahlen, nicht zurückschrecken werde, wenn dieser Reichstag ein Gesetz nicht zustande bringen sollte. Es ist also nicht so, daß nach der Ablehnung des Volksentscheids der frühere Zustand wiederhergestellt wird.

Hinsichtlich der Veröffentlichung des Briefes des Reichspräsidenten hat der Reichskanzler ebenfalls eine sehr klare und einwandfreie Erklärung abgegeben. Ueber die politische Opportunität des Schreibens sollte zu äußern, war nicht seine Aufgabe. Im staatsrechtlicher Hinsicht sind seine Ausführungen unantastbar. Wir haben zu dem Schreiben vor kurzem in dem Sinne Stellung genommen, daß sein Inhalt zu billigen, die Zweckmäßigkeit seiner Veröffentlichung zu bezweifeln ist. Wenn der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken gestern eine Schwenkung dieser Haltung, also es ist das ein Beweis für die Richtigkeit unserer Ansicht. Wir wissen nicht, wer ein Interesse daran haben könnte, die Sozialdemokratie zu radikalisieren und den gemäßigsten Flügel immer mehr zu schwächen. Trotzdem mußte die kurze, aber sehr scharfe Stellungnahme des Abgeordneten v. Guérard gegen den Reichskanzler Marx überraschen, der doch von nicht für längere Zeit noch der beste Mann des Zentrums genannt wurde. Die Führer der Zentrumspartei haben immer eine scharfe Witterung für populäre Strömungen in den Massen gehabt. Ihnen zu folge nachgegeben, scheint aber gerade in dem vorliegenden Fall nicht ohne Gefahr. Den Kommunisten sind die Götter der toten Hand genau so lieb wie die Schäfer der preußischen Könige. Gibt es nicht z. B. auch populäre Strömungen gegen die Grundrechte des Bekenntnisses? Bestimmlich ist dieser Vorstoß weitestens, weil man ihn unwillkürlich mit dem Einspruch der Zentrumspartei gegen die Ernennung des Staatssekretärs Schmid in Verbindung bringen muß, und auch den Gedanken an die überraschenden Schwierigkeiten bei der Besetzung des Wiener Gesandtenposten nicht los wird. Was den Staatssekretär Schmid betrifft, so haben wir nicht gehört, daß die Zentrumsvertreter ihn bisher die sachliche Eignung zur Führung seines Amtes abgesprochen hätten. Die Widerstände der „rheinischen Bevölkerung" tauchten erst auf, als er unter Belassung in seinem bisherigen Wirkungskreis zum Gesandtschafter ernannt worden war. Wir halten, wie gesagt, diese Vorgänge für bedenkliche Symptome, und glauben, daß gerade das Zentrum die letzte Partei ist, die den seinen Erfolg entnommenen Reichskanzler in einen Konflikt zwischen staatspolitischen Notwendigkeiten und den Ansichnungen seiner Fraktion bringen sollte.

Für das Niveau des Reichstages sehr bezeichnend ist es, daß die Rede des Reichskanzlers, die er an Stelle des unpäßlichen Außenministers über den Berliner Vertrag mit Rußland hielt, ein nur sehr mäßig besetztes Haus hatte. Eine der wichtigsten außenpolitischen Entscheidungen Deutschlands, die seit 1918 überhaupt gefällt wurde, leidet unter einer Teilnahmslosigkeit, als ob es sich um eine Vorlage vierten Ranges handelt. Die Erklärung arbeitet in geschickter Weise den Gedanken heraus, daß der Vertrag mit Rußland eine infolge der besonderen Lage des Deutschen Reiches unbedingt erforderliche Ergänzung zu den Abmachungen mit dem Westen war. Die Rede soll in Moskau sowohl wie in Paris, London und Genf gehört werden und wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Wichtig der Passus, daß heute von keiner Seite mehr ernstlich behauptet würde, der Berliner Vertrag stelle das Werk von Locarno in Frage. Das Wort von der beruhigenden Schwerkraft ist gleichfalls festzuhalten. Der Kanzler sprach von der Politik des Friedens, die Deutschland verfolge, und er hätte hinzufügen können, daß unsere Gegner von einer praktischen Bewegung solcher Friedenspolitik leider noch immer weit entfernt sind. Die Vertreter aller Fraktionen stimmten dem Abschluß des Vertrages grundsätzlich zu. Beachtlich ist die Bemerkung des Abgeordneten Professor Goetsch, daß er hoffe, auch die Beziehungen zu Polen würden sich jetzt bessern. Die Revolution in diesem Lande ist noch keineswegs vorbei. Es macht nur eine Atempause durch. Vielleicht erweist sich aber das neue Regime doch fähiger

Kabinett und Zentrumsfraktion.

Heute Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag

In parlamentarischen Kreisen hat die Stellungnahme des Zentrums, das durch den Abgeordneten v. Guérard die Erklärungen des Reichskanzlers zum Hindenburg-Brief als ungenügend bezeichnen ließ, großes Aufsehen erregt. Auf der Rechten glaubt man, darin eine Art Wiederholung des demokratischen Vorgehens gegen Reichskanzler Dr. Luther erblicken zu müssen. Man spricht vielfach von einem verhüllten Mißtrauensvotum. Weder die Fraktion noch Herr Marx haben aber die Absicht, aus dem Vorgang parlamentarische Folgerungen zu ziehen. Die Zentrumsfraktion hatte Reichskanzler Marx überhaupt keine Sitzung einberufen und auch zu Freitag vormittag bisher keine anberaumt. Wohl aber trat das Kabinett zusammen, um „laufende" Angelegenheiten zu beraten, darunter Finanz- und Zollfragen. Die wir hören, ist auch die Frage eines Wechsels auf dem Posten des Staatssekretärs in der Reichskanzlei erneut aufgerollt worden. In diesem Zusammenhang gewinnt die Person an Bedeutung, daß die Gegensätze zwischen Reichskanzler Dr. Marx und dem gegenwärtig verhältnisfreien Teil der Zentrumsfraktion nicht nur auf persönliche Differenzen, sondern auf bestimmte Forderungen des Zentrums hinsichtlich der Personalpolitik zurückzuführen sind.

Sollte die erwähnte Version zutreffen, so wäre die Wetterlage, politischer Druck gegen den Kanzler, besonders bei dem vorliegenden Anlaß, sehr zu bedauern. In parlamentarischen Kreisen wird viel bemerkt, daß die Beamten der Demokraten diesmal in viel milderer Form vorgetragen wurden, als die des Zentrums.

Heute nachmittag findet die Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung statt. Er besagt u. a.:

„Die gegenwärtige Reichsregierung setzt den systematischen Kampf für die Fürsteninteressen und gegen den Volksentscheid, den sie unter der Leitung des Reichskanzlers Dr. Luther geführt hat, auch unter der Leitung des Reichskanzlers Marx fort. Sie hat durch ihre Kompromißversuche der Sache der unentschädigten Fürstenenteignung kein anderes Ziel verfolgt, als die Volksmassen irrezuführen, so von dem Volksentscheid abzuhalten und ihnen vorzutäuschen, als ob die Regierung gegen die Ansprüche der Fürsten Maßnahmen ergreifen wolle, während in Wirklichkeit alle diese Kompromißentwürfe darauf hinausliefen, die Fürstenforderungen zu bewilligen. Sie hat den Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten im Widerspruch zur Reichsverfassung für verfassungswidrig erklärt in der Absicht, ihn dadurch zu Fall zu bringen. Die Erklärung der Reichsregierung zum Enteignungsantrag war eine offene Kampfansage gegen die 12½ Millionen Wahlberechtigte, die im Volksbegehren die Enteignung der Fürsten forderten. Der Brief des Reichspräsidenten v. Hindenburg trägt die Regierung Marx die volle Verantwortung für den Versuch der Reichsregierung gegen den Volksentscheid ist ein Teil der kraftlosen Maßnahmen ihrer Politik, mit der sie offen den monarchistischen Staatsstreichern und ihren Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie in die Hände arbeitet. Mit dieser Politik hat die Regierung Marx in schärfsten Gegensatz zu den Massen des werktätigen Volkes gestellt. Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages."

Von den Fraktionen haben bisher nur die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten zu der Frage des Mißtrauensvotums Stellung genommen. Die Deutschnationalen beschlossen, gegen den Antrag zu stimmen. Die Sozialdemokraten beschlossen Stimmenthaltung; sie wollen in einer Erklärung die Gründe bringen, aus denen sie im gegenwärtigen Augenblick der kommunistischen Aktion nicht anschließen. Die Ablehnung des Antrags ist zu erwarten.

zu einer vernünftigen Haltung gegenüber dem großen deutschen Nachbarn, als die gestrigte erregte kommunistische Regierung.

Den Reichstag freilich interessieren diese Probleme offenbar weniger, als die innerpolitischen Mätchen, mit denen er sich abgibt. In der deutschen Presse ist letzthin häufig zu lesen, daß in einem gegebenen Augenblick eine Staatskrise drohe. Von anderer Seite wird das, wie jede politische Behauptung, bestritten. Uns scheint es, als ob wir uns schon heute in einem überaus friedlichen Zustande befänden. Man kann in diesem Zusammenhange auch den Fall Lessing erwähnen. Solange es sich hierbei nur um Ausschreitungen der Studenten handelte, wurde von manchen hervorragenden litterarischen Leistungen dieses Privatdozenten, zweifelhaft fein, ob die Studentenschaft nicht besser andere Mittel gegen Herrn Lessing, angewandt hätte. Seitdem indes der einstimmige Beschluß des Lehrkörpers der Hochschule vorliegt, ist die Angelegenheit wohl entschieden. Die Parteipresse macht es sich sehr leicht, indem sie, wie schon in anderen Fällen, die Professorenschaft in Bausch und Bogen gründlich beschimpft. „Wir sind uns einig, daß Herr Lessing nach seinem unakademischen Verhalten und nach seiner ungehörigen Verhöhnung der Hochschule nicht mehr würdig ist, Mitglied ihres Lehrkörpers zu sein." Hier liegt eine Verurteilung, die schärfer nicht gedacht werden kann, und die verwischend ist. Man muß nach diesem Beschluß den Zynismus des Herrn Lessing bewundern, der behauptet, ausgerechnet er kämpfe für die Aufrechterhaltung der Staatsautorität. Wir gehen keinem sehr erfreulichen Sommer entgegen. Wenn sich im Reichstage die Uebung einbürgert, daß die Regierungsparteien gegen die von ihnen entsandten Minister auftreten, wenn es nicht bald gelingt, zu einer einsichtigen politischen Kampfesweise zurückzukehren und den „Fraktionismus" in seine Schranken zu verweisen, wird es eines Tages ein böses Erwachen geben.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Brasilien verzichtet auf seinen Ratssitz.

Der kritische 10. Juni 1926. — Auslegung der spanischen Erklärung

sch. **Genf**, 10. 6. (Eigenbericht).

Der 10. Juni dürfte in der Geschichte des Völkerbundes als ein nicht weniger kritischer Tag angesehen werden, als es der 17. März gewesen ist. Die Spannung war vielleicht heute nachmittag sogar größer, als in jener entscheidungsvollen Sitzung der außerordentlichen Bundesversammlung. Sicher ist, daß, wer damals Wind gesät hat, nun Sturm erntet. In der Mittagsdauer Pause zwischen der Vormittags- und der Nachmittagssitzung konnte man sich mit der Auslegung der spanischen Erklärung des Bevollmächtigten beschäftigen. Besonders bemerkenswert war der ursprünglich ausgegebene Text, der später abgeändert wurde. Der entscheidende Satz lautete in der ersten Fassung: „Die gegenwärtige Lage schedet die Möglichkeit, gewährt zu werden, für Spanien aus, und weil somit der Grund entfällt, weshalb das Amendement zu Art. 4 des Paktes nicht ratifiziert werden konnte, hat sich meine Regierung entschlossen, die Ratifikation vorzunehmen." In der zweiten Fassung lautet der Satz: „Die gegenwärtige Lage schließt die Anwesenheit Spaniens bei einer Wahl aus, und weil damit der Grund ab."

Eine klare Auslegung für den spanischen Text wurde nicht gefunden, aber man war sich klar, daß die zweite Version eine ganz bedeutende Verschärfung bedeutete. Dies erkannten auch einige der Staatsmänner, welche vormittags die spanische Erklärung noch ernst begrüßt hatten. Scialoja erwähnte es sogar direkt.

Die Nachmittagssitzung begann um 3,15 Uhr. Der Ratitsch war voll besetzt, und man erfuhr, daß der brasilianische Gesandte aus Bern gekommen und Mello-Franco einen Brief überbracht hatte.

Den ersten Bericht am Nachmittag erstattete Graf Ishii über die Ergebnisse der Studienkommission für die Ratsreform. Er beantragte zur Kenntnisnahme der Berichte deren Ueberweisung an die Bundesstaaten und die Bevollmächtigung des fungierenden Ratspräsidenten im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Studienkommission, die für den 28. Juni d. J. vorgesehene Erörterung dieser Studienkommission zur zweiten Lesung weiter hinauszuschieben.

Scialoja erläuterte die Schritte der Studienkommission dahin, daß die Zahl neun für die nichtständigen Sitze nur in der Voraussetzung angenommen worden sei, daß die Zahl der ständigen Sitze nicht vermehrt würde, in welchem Fall die nichtständigen vermindert werden müßten. Denn die Gesamtzahl 14 dürfe nicht überschritten werden, die an sich schon groß und vielleicht zu groß sei.

Man war am Schluß angelangt. Mello-Franco verlas nun mit zitternder und schwer verständlicher Stimme eine Erklärung, die in Maschinenschrift 10½ Seiten ausfüllt. Er begann abermals beim 27. Januar 1919 und schilderte die Leistungen Brasiliens im Völkerbund. Er sagte daßelbe wie im März; er beklämpfte die militärischen Theorien der Großmächte, verlangte Gleichberechtigung der Kontinente und erklärte sich auch mit drei nichtständigen Sitzen für Südamerika unzufrieden, da dieses fünftig im Rate vertreten sein müsse, wenn es überhaupt fünftige Sitze besitzen. Europa wird bald vier fünftige Sitze haben, Asien einen, die drei afrikanischen und die zwei australischen Staaten sind durch Großbritannien vertreten, während die 17 südamerikanischen Staaten keine fünftige Vertretung haben. Brasilien beanspruchte sich nicht als Vertreter Südamerikas und bringt von diesem auch kein Mandat, aber es beritrit ein ihnen allen gehörendes Recht. Neben diesen unpersönlichen Forderungen wollte Brasilien im Rat gleichberechtigt seine eigenen Forderungen prüfen, um den im Artikel IV für Amerika vorgesehenen Sitz einzunehmen. Als die Frage der ständigen Sitze jetzt vertagt wurde, stand der Entschluß Brasiliens fest, den siebenjährigen nichtständigen Sitz abzulehnen. Aber es wollte die Ratsverhandlungen der letzten Session vor der Bundesversammlung nicht stören und keine Unannehmlichkeiten im Sinne des Artikel 4 machen. Wenn ein Sitz unbesetzt ist, dann kann der Rat nicht entscheiden. Brasilien wird abwarten, was hinsichtlich der ständigen Vertretung Südamerikas im Rate beschlossen wird. Im September kann der nichtständige Teil des Rates sofort leicht ergänzt werden. Die friktiose Vertagung der Studienkommission läßt befürchten, daß diese Frage nicht mehr behandelt wird, was die Abwesung Brasiliens bedeutet.

Mello Franco überreichte dem Generalsekretär die Abschrift des telegraphisch eingegangenen Exposés des brasilianischen Staatspräsidenten.

Es folgten nun wieder die Sympathieerklärungen. Diesmal begann Guani vom persönlichen und nachbarlichen Standpunkt aus; Chan berlein schloß sich, wenn auch weit kühler, an. Scialoja erinnerte an den politischen Zusammenhang Italiens und Brasiliens, sprach von der Ausgleichung des Rates, bestritt aber Brasilien das Recht und die Möglichkeit des Austritts.

*

Es ist heute noch nicht der Augenblick, eingehend die Lage zu würdigen. Aber wenn Mello Franco mit seiner Behauptung Recht hätte, daß die Anwesenheit aller 10 Ratsmitglieder zur Beschlußfassung nötig sei, würde er, ob zwar er die gegenteilige Absicht versicherte, die Verhandlungen beinnach gestört haben. Denn erstens ist höchstwahrscheinlich eine Vertagung geplant und eine außerordentliche Tagung kann jederzeit nötig werden. Aber die Kritik der Völkerbundsjuristen geht heute dahin, daß ein Abwesender als ein Stimmenhalter aufgefaßt werden müsse und damit die Einstimmigkeit nicht höre.

fr. **Mailand**, 10. 6. (Eigenbericht.)

Im italienischen Senat haben die beiden italienischen Senatoren Cherisi und Luigi Mariotti Anfragen an die Regierung wegen der Verletzung der Neutralitätsgrenze im Fremdenkontrolle die Wiederzulassung des Glücksspieles in größeren Grenzfremdenorten, wie San Remo und Abbazia, verlangt. Der Minister des Innern erklärte, die Regierung entnehme sich jeder Stellungnahme.

Die „Einstimmigkeit" des Pariser Kabinetts.

Differenzen zwischen Briand und Péret über die Sanierung.

a. **Paris**, 10. 6. (Eigenbericht.)

Die beruhigenden Erklärungen über die Einstimmigkeit innerhalb des Kabinetts, die gestern von amtlicher Seite verbreitet wurden, haben sich, wie bereits gemeldet wurde, nicht als sehr bedeutungsvoll erwiesen. Die gehäuften Dementis über die in der Pariser Parteipresse verbreitet werden und die täglich in Sensationsform ins Ausland gelangen, geben allerdings ein durchaus falsches Bild der Lage. Wichtig ist, daß zwischen Briand und Péret Meinungsverschiedenheiten über die Erweiterung des Kabinetts bestehen, und daß Péret mit seiner Demission gedroht habe. Der Grundgedanke Perets ist nämlich, daß die finanziellen Schwierigkeiten

nur unter Ausschaltung des Parteikampfes

und auf möglichst breiter Regierungsbasis gelöst werden können. Das entspricht indessen durchaus der Auffassung Briands und der übrigen Kabinettsmitglieder. Nur müßte Briand seiner Gemütsruhe entsprechend möglichst langsam vorgehen und seine laviierende Methode auch in diesem Falle nicht aufgeben.

Es handelt sich also wenigstens vorläufig nur um eine Art von freundschaftlichem Konflikt, den Briand nach seiner gestrigen Rückkehr in Genf sofort beilegen konnte. Von einer Regierungskrise zu sprechen, liegt im Augenblick keine Veranlassung vor. Der Kampf geht nicht um die Beseitigung aber auch nur um eine wesentliche Umbildung des Kabinetts, sondern vielmehr um seine Erweiterung durch führende Persönlichkeiten der rechtsstehenden Gruppen. Eine Operation, die Briand durchführen möchte, ohne jedoch den Zusammenhang mit der Linken völlig zu verlieren. Die Verhandlungen über diesen Punkt sind ständig im Gange.

Allerdings ist es nicht ausgeschlossen, daß eine Verschärfung der Lage eintritt, falls man bei der Aenderung des Kabinetts

durch die Unschlüssigkeit Briands

schließlich die Geduld verlieren könnte. Eine führende Rolle innerhalb dieser Gruppe spielt bekanntlich neuerdings der Abgeordnete Franklin Bouillon, der mit Briand übrigens auch heute verhandelt hat, und dessen Ansicht dahin geht, die bei den letzten Abstimmungen zutage getretene Mehrheit zur Rettung des Volkes nutzbar zu machen. Franklin Bouillon soll beabsichtigen, durch eine Interpellation für die allgemeine Politik der Regierung eine Entscheidung herbeizuführen, und die Frage ist nun, ob er diese Absicht bereits, wie vielfach angenommen wird, in den nächsten Tagen durchführen will oder ob er sich den Plänen des Kabinetts fügen wird, das sein Finanzprojekt erst am 25. Juni der Kammer unterbreiten zu können hofft. In der Zwischenzeit beschäftigt sich die Kammer mit Arbeiten von geringem Interesse und hat heute mit 372 gegen 102 Stimmen einen Kredit von 500 000 Franken für die bevorstehende Reise des Präsidenten Doumergue nach London angenommen.

*

a. **Paris**, 10. 6. (Eigenbericht.)

Die sozialistische Kammergruppe beschäftigte sich heute in ihrer Sitzung mit dem französisch-amerikanischen Schuldenregulungsprojekt und faßte schließlich den Beschluß, die Kammer aufzufordern, die Regierung einzuladen, daß diese sich mit der amerikanischen Regierung in Verbindung setzt, um dem Schuldenabkommen eine Klausel einzuverleihen, laut der die Zahlungen in Franken erfolgen sollen. Die Frankenzumzen sollen jedoch so lange in Frankreich verbleiben, bis die französische Devise stabilisiert ist, worauf sodann die Zahlungen in Dollars vorgenommen werden sollen, aber nur in der Weise, daß die Stabilität der französischen Währung nicht beeinträchtigt wird.

Ungarns Verstimmung gegen Frankreich.

kbg. **Wien**, 10. 6. (Eigenbericht.)

Der in Genf erfolgte Ueberfall auf den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen findet in Budapest bis in die Reihen der Opposition hinein einmütige Verurteilung. In den Budapester Blättern wird die Verstimmung gegen Frankreich heute wieder dahin zum Ausdruck, als sie in Frankreich eine allzugroße Duldung der Wühlarbeit der ungarischen Emigranten in Paris gegen das heutige Ungarn zum Vorwurf machen. Man sieht in Budapest noch nicht klar, ob der üble Geld, der in Genf Bethlen mißhandelte, Jwan Just oder Emmerich Beer ist. Beide gelten als überaus radikale republikanische Propagandamachten, ohne Anhang zu finden, und beide sind auch bereits wegen verschiedener Delikte verurteilt worden.

Politisches Attentat im Pariser Justizpalast.

a. **Paris**, 10. 6. (Eigenbericht.)

Der Pariser Justizpalast ist heute in den Nachmittagsstunden der Schauplatz eines politischen Attentats geworden. Zur Verhandlung stand ein Zusammenstoß, der sich vor einiger Zeit zwischen nationalistischen und kommunistischen georgischen Studenten ereignete und demzufolge mehrere nationalistische Studenten unter Anklage der Gemeinschaftsgelist standen. Die nationalistischen Studenten werden daher voraussichtlich freigesprochen werden. Als sie heute den Sitzungssaal verließen, gab ein Mann auf den Direktor der Zeitung „Georgia Nouvel", der als Zeuge zugunsten der nationalistischen Studenten ausgesagt hatte, mehrere Revolverschüsse ab. Der Angegriffene wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht, wo sein Ableben befürchtet wird. Ueber die Persönlichkeit des Attentäters ist vorläufig nichts Näheres bekannt. Es soll sich ein Georgier sein.

kbg. **Wien**, 10. 6. (Eigenbericht.)

Die von der Unterrichtsverwaltung und von dem Finanzministerium geführten Mittelschulbehörden über Besoldungsfragen sind günstig abgeschlossen worden.

Die Eröffnung des ägyptischen Parlaments.

König Fuad mahnt zum inneren Frieden für die Zukunft.

Kairo, 10. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Das Parlament wurde heute eröffnet. Die Sitzung verlief friedlich und im Rahmen der üblichen Formen. König Fuad und die ägyptischen Feldmarschälle fuhren mit dem Ministerpräsidenten Adly vom Palast zur Kammer, wo sie pünktlich zur festgesetzten Zeit eintrafen. Der britische Oberkommissar Lord Lloyd war schon vorher angekommen. Beim Eintritt des Königs erhob sich die Versammlung von ihren Sitzen. Fuad überreichte dann

die Thronrede

dem Ministerpräsidenten, der sie verlas. Die Thronrede war verhältnismäßig kurz. Der König drückt zunächst den Wunsch aus, die Konflikte der Vergangenheit sollten vergessen werden. Die Regierung habe die Absicht, das parlamentarische Regime zu stärken. An Einzelmaßregeln wurde die Einbringung eines Beamtengesetzes angekündigt, das die Beamten gegen die Folgen eines Wechsels in der parlamentarischen Regierung schützen soll. Besondere Erwähnung fanden Erziehungs- und Gesundheitswesen. Die Regierung kündigt ferner an, das Zoll- und Steuersystem zu verbessern und neue Einnahmequellen zu erschließen.

Wichtig sei die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu den ausländischen Mächten,

deren Angehörige sich in Aegypten der Ruhe und Sicherheit erfreuen müßten. Der Schutz ägyptischer Interessen müsse verbunden werden mit der Sicherheit der Interessen der Ausländer. Die Regierung werde es sich besonders angelegen sein lassen, zwischen den Völkern Englands und Aegyptens und den beiderseitigen Regierungen gegenseitiges Vertrauen und herzliche Beziehungen herzustellen und die Atmosphäre guten Verstehens vorzubereiten, die Aegypten in den Genuß völliger Unabhängigkeit versetzen werde. Die Regierung sei der Ansicht, daß die im Sudan getroffenen Maßregeln die legitimen Ansprüche Aegyptens nicht beseitigen. Die ägyptischen Ansprüche blieben aufrechterhalten, die Regierung werde alles tun, um eine gütliche und befriedigende Lösung zu erzielen.

Die Mitgliedschaft Aegyptens im Völkerbund und seine Teilnahme am internationalen Leben werden von der Regierung mit Genugtuung begrüßt. — Die Thronrede wurde bei der Erwähnung Sudans von den Abgeordneten mit entsprechenden Rufen unterbrochen.

Die Volksmenge in den Straßen war nicht so groß wie üblich, und die Zeremonie hat dem Publikum

keinen Anlaß zu Begeisterungsszenen.

Nur bei der Ankunft der Wafdisten ertönten Hochrufe. Das einzig wichtige Ereignis war die Wahl Zaghlul Paschas zum Präsidenten der Kammer. Zu Vizepräsidenten wurden zwei seiner engsten Anhänger gewählt. Auch alle übrigen parlamentarischen Posten sind zu 80 Prozent mit Wafdisten besetzt worden.

*

Kairo, 10. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Oberkommissar Lord Lloyd ist heute abend nach Palästina abgefahren.

Die russischen Geldmittel im englischen Streik.

Erregte Unterhausdebatte. — Neue Konfliktsgefahr.

sx. **London**, 10. 6. (Eigenbericht.)

Die russische Unterstützung der englischen Bergarbeiter, über die heute das Unterhaus verhandelte, scheint sich zu einem ernsthaften politischen Konflikt zwischen England und Rußland auszuwachsen. Der rechtsradikale Innenminister Sir William Joynson Hicks hat beschuldigt die russische Regierung, unmittelbar durch Geldmittel zur Verlängerung zu stellen. Auf eine Zwischenfrage hat der heute noch Schränke er seine Anklage allerdings dahin ein, nur einzelne Mitglieder der russischen Regierung seien an dieser Angelegenheit beteiligt. Es läge ihm fern, gegen eine „befreundete Nation" Vorwürfe zu erheben, aber er hätte heute vom Foreign Office die Mitteilung erhalten, der Beweis dafür sei erbracht, daß die finanzielle zu dem Generalstreik gestifteten russischen Gelder

unmittelbar von der russischen Regierung stammten.

Vorläufig sei noch kein Schritt bei dem russischen Geschäftsträger unternommen worden. Die Regierung werde vielmehr erst einen ausführlichen Bericht im Zusammenhang mit der englischen Kommunisten beschlagnahmten Dokumenten in der nächsten Woche dem Parlament vorlegen. Auf Anfrage von Labourleite, ob die Regierung es nunmehr für nötig halte, die Kohlenbergwerke in staatlichen Besitz überzuführen, erklärte Baldwin kurz: „Nein!"

Die konservative Presse setzt ihre Hetze gegen die Bolschewisten fort. Heute abend wird behauptet, die russischen Gelder hätten den

Umweg über eine Pariser Bank

genommen, wo sie von einem Beauftragten Cocks, der jede Woche zu diesem Zwecke nach Paris fährt, abgehoben und in der nach London gebracht würden.

Die Einigkeit unter den Bergarbeitern beginnt sich zu lockern. Der Distrikt Nottingham hat eine Entschließung gegen das Verhalten Cocks angenommen. Während des Generalstreiks sind, wie der Innenminister im Unterhause mitteilte, 1750 Personen wegen Streikbrechens vor Gericht geteilt worden, dann 632 zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Er sähe keinen Grund für eine Amnestie. In einigen wenigen Fällen habe er jedoch Begnadigung empfohlen.

kbg. **Wien**, 10. 6. (Eigenbericht.)

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Ramek und seine Mitarbeiter treffen am Freitag in Wien ein. Der parlamentarische Hauptausschuß ist zur Entgegennahme seines Berichtes auf Dienstag einberufen.

Die Mukdenkonferenz beendet.

Vier Fragen Sowjetrußlands an Tschang Tso-lin

Peking, 10. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Vor seiner Abreise aus Mukden nach Tientsin hat Marschall Tschang Tso-lin Anordnung gegeben, sich in keine weiteren Verhandlungen über die von den Sowjetvertretern angeschnittenen Fragen einzulassen. Die russisch-chinesische Mukdenkonferenz ist daher faktisch zum Abschluß gekommen. Ueber die Eisenbahnangelegenheiten hat man sich geeinigt. Dagegen haben die Sowjetvertreter die folgenden weiteren Fragen aufgeworfen:

1. **Tschang Tso-lin solle seine Forderung auf Abberufung Karakans zurückziehen.**
2. **Ein Sowjetvertreter mit besonderen Vollmachten soll an allen Oertlichkeiten erscheinen, wo eine teilweise Wiederherstellung der exterritorialen Rechte bedeuten würde.**
3. **Die russischen Gewerkschaften in der Mandschurei seien offiziell anerkannt worden.**
4. **Für die Schiffahrt auf dem Sungari sollen neue Verordnungen erlassen werden.**

Ueber diese vier Punkte war bei der Abreise Tschang Tso-lins noch keine Entscheidung erzielt worden.

Koreas letzter Kaiser zu Grabe getragen.

Tokio, 10. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Das Leichenbegängnis des Exkaisers von Korea fand heute in Seoul, der Hauptstadt Koreas, mit großen Feierlichkeiten statt. Prinz Higin, der Erbe des Exkaisers, brannte an der Leiche heftige Feuer ab und beglückwünschte den Kaiser zu seiner Thronbesteigung. Die Ordnungstruppen trafen nicht ein, da Polizei und Militär in Bereitschaft gehalten waren.

Französisch-spanische Besprechungen.

a. **Paris**, 10. 6. (Eigenbericht.)

In den nächsten Tagen werden in Paris französisch-spanische Verhandlungen zur Regelung der Verhältnisse im Rifgebiet beginnen. Es soll sich zunächst nur um unverbindliche Besprechungen handeln, um möglicherweise später eine offizielle Konferenz folgen zu lassen. Die Initiative ist von Madrid ausgegangen, der in den letzten Tagen die Madrid wollte, ist bereits nach Paris zurückgekehrt, und General Jordana soll morgen hier eintreffen.

Arbeiterexzesse in Polen.

Ein Polizist getötet.

Warschau, 10. 6.

Im südlichen Kongreßpolen kam es heute zu schweren Arbeiterausschreitungen. Der einigen Tagen schon forderten die dortigen Arbeiter die Entlassung eines mißliebigen Ingenieurs. Als die Direktion dies abschlug, entfernten sie den Ingenieur gewaltsam. Auf das Ersuchen der Direktion wurden die Nädelführer von der Polizei verhaftet.

Heute morgen gegen 11 Uhr rotteten sich vor dem Arrestlokal große Arbeitermassen zusammen, die die Freilassung der Festgehaltenen forderten und schließlich mit Gewalt gegen die Polizei vorgingen. Nach den spärlichen Nachrichten, die bis hier vorliegen, entstand offenbar eine Schießerei, bei der ein Polizist getötet wurde.

Von amtlicher Stelle wird mitgeteilt, daß die Ruhe wieder hergestellt, und die Arbeit morgen wieder normal aufgenommen werden soll.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- und Geldmarkt.

Devisenkurse von 10 Uhr nachmittags.

Tagl. Geld	3½	3½
Stadtkassen (30 Tage)	3½	3½
do. do. 6	3½	3½
Prime Bankers, kurz	3½	3½
Berlin	23,80—23,82	23,80—23,82
Amsterdam	—.—	—.—
London Kabel Tr.	4,86,54	4,86,50

Lond. 60 T.	4,82,6	4,82,12
Paris	2,96,00	2,95,00
Brüssel	2,79,00	2,85,75
Mailand	3,40,75	3,40,75
Zürich	19,35½	19,35½
Wien	28,81	27,27
Kopenh.	26,51	26,47
Stockh.	26,81	26,77
Kon.	3,63½	3,69½
Madrid	15,79	15,28
Silber	65½	65½

New Yorker Börse.

	10. 6.	9. 6.		10. 6.	9. 6.
4½ St. Louis Pring.	84	84	7½ Rep. Dawes Anl.	104½	104½
4½ do. ohne Rt.	96½	96½	6½ Serb. Stadt 25	99	99
Baltimore shares	94½	93½	7 Bremer Anleihe	96½	96
Canad. Pacific	149	146	6½ Köln v. 1925	87½	87½
Chesapeake Ohio	131½	130½	7 Münch. v. 1925		
Chic. Milwaukee	7½	7½	7½ Kom. Verb. 27	96½	96½
Erie	35½	35½	7 Rentenbk. Kredit	99½	99½
Kansas City Pacific	165	166	7 Dtsch. Reichsbk.	121	120½
Pennsylvania	52	52	7 Frzs. Gold 49	90½	90½

Genfer Bericht über Togo und Kamerun

Das ehemalige deutsche Eigentum in Neuguinea.

Genf, 10. 6.

Die Ständige Mandatskommission des Völkerbundes **ließ sich** gestern von einem leitenden Beamten des australischen Kolonialministeriums über die Verwaltung des Mandatsgebietes von Neu-Guinea mündlich Bericht erstatten und verlangte dann ergänzende Auskünfte über das **ehemalige deutsche Eigentum**, das bisher von einer Enteignungskommission verwaltet wurde und vorwiegend Aufforlieren, die im Weltkrieg Heeresdienst leisteten, zum Kauf angeboten werden soll.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß der Völkerbundsrat heute einen von dem schwedischen Vertreter Sjoeborg ausgearbeiteten Bericht über die

- **ehemaligen staatlichen deutschen Plantagen**

und über die Rekrutierung von Eingeborenen zu militärischen Zwecken angenommen und durch eine Entschließung die Auffassung der Ständigen Mandatskommission des Völkerbundes gutgeheißen hat, wonach die **Mandatsmächte in keinem Teil des ihnen anvertrauten Mandatsgebietes andere als Verwaltungsrechte besitzen**, bei gegebenen Bestimmungen über den Grundsatz jedoch Mißverständnis vermeiden um eventuelle zweifelhafte Bestimmungen abändern sollen. Aus dem Bericht Sjoeborgs geht hervor, daß **sämtliche Mandatsmächte dieser Auffassung grundsätzlich zustimmen, daß sie aber nur von der englischen und der französischen Regierung vorbehaltlos angenommen wurde.** — Zur Frage der

- **Rekrutierung von Eingeborenen**

hat sich die Mandatskommission dahin ausgesprochen, daß sie nur zur Verwendung im Polizeidienst oder zum Heeresdienst **innerhalb des eigenen Territoriums** zugelassen sein sollen. Auch Bericht liegt noch vor, den Sjoeborg nunmehr nach drei Jahren die Antworten der verschiedenen Mandatsmächte vor, die dieser Auffassung grundsätzlich zustimmen, wobei England seine ablehnende Haltung wiederholt zugegeben hat. **Immerhin macht die französische Regierung für die Mandate Togo und Kamerun den Vorbehalt, daß diese Auffassung im Falle eines allgemeinen Krieges nicht gelten soll.** Auch die südafrikanische Regierung erklärte, nicht darauf verzichten zu können, in außergewöhnlichen Fällen alle tauglichen sich anbietenden Personen zu rekrutieren, obwohl die Politik keiner südafrikanischen Regierung darauf gerichtet gewesen sei, Eingeborene bei einem Konflikt zwischen europäischen Staaten in den Kampf zu schicken.

Italiens Expedition in der Cyrenaika.

fr. Mailand, 10. 6. (Eigenbericht.)

Die italienischen Kolonialtruppen setzen in der Cyrenaika die Streifzüge zur Verfolgung der übriggebliebenen Rebellenbanden fort. Bei ihrer letzten Säuberungsaktion haben sie zahlreiche Eingeborenenbanden zerstreut und ihnen das Vieh abgenommen. Die Rebellen hatten 32 Tote außer den Verwundeten, während auf italienischer Seite 3 Tote und 5 Leichtverletzte zu verzeichnen sind.

Italiens Leihnahme an der Valutakonferenz.

fr. Mailand, 10. 6. (Eigenbericht.)

Italien gedenkt sich an der **französisch-belgischen** Ministerpräsidentenkonferenz in Paris zur Prüfung der geeigneten Maßregeln für die Verteidigung der Valuta zu beteiligen. Der Finanzminister Graf Volpi beriet heute mit Mussolini längere Zeit über die Maßnahmen im Devisenhandel zur Verteidigung der Lira.

x. Bukarest, 10. 6. (Eigenbericht). Die rumänische Direktion der Kriegsministerium schloß die Errichtung mehrerer Luftverkehrslinien. Die erste Verbindung führt von Bukarest mit Galatz, Jassy und Kischinew verbinden.

HAG
Selbst starke Aufgüsse von Kaffee Hag, dem coffeinfreien Bohnenkaffee, verursachen keine Störung des Allgemeinbefindens oder der Herztätigkeit, weil das Coffein fehlt.
Erste Medizinische Klinik der Charité Berlin

Ein Streit um die Insel Jan Mayen.

Norwegische Staatshoheit. Dänisches Observatorium.

ac. Oslo, 10. 6. (Eigenbericht.)

Aus Anlaß der dänischen Pläne, ein meteorologisches Observatorium auf der Insel Jan Mayen zu errichten, weist das „Aftenpostbladet" darauf hin, daß die Insel im Jahre 1920 von Norwegen **okkupiert worden ist**, und daß Dänemark daher kein Recht habe, ohne Zustimmung der norwegischen Regierung dort ein wissenschaftliches Institut anzulegen. Wenn militärisch Norwegen das Gebiet Zeitweilung nicht verwaltgern werde, so sei es doch in jedem Falle **richtiger, daß Norwegen die Insel auch formell in Besitz nehme** und damit die Streitfrage in bezug auf die Souveränität über die Insel aus der Welt schaffe.

*

Die Insel Jan Mayen liegt etwa 500 Kilometer nordöstlich von Island zwischen Grönland und Norwegen.

Die Rußlandtrebbe.

Eine deutsche Erklärung.

Zu der Meldung über die Weigerung Rykoffs an das Handelskollegium hat die Agrofinschaft W. T. B. folgende Anmerkung: Die Meldung über die Anweisung Rykoffs beharrt der Ergänzung und Berichtigung: die deutsche Regierung hat bekanntlich vor einigen Wochen, um die Ausfuhr nach Rußland zu erleichtern, in gewissem Umfange eine **Garantie für die russische Regierung** gegenüber den deutschen Lieferern übernommen. Diese Garantie besteht, sobald bestimmte Verträge zwischen deutschen Firmen und der russischen Regierung abgeschlossen sind, zur Verfügung. Diese Regelung konnte aber bisher noch nicht in wennenswertem Umfange ausgenutzt werden, weil die Finanzgruppe der Ausfuhrgesellschaft noch Schwierigkeiten begegnet. Ueber die Globalfinanzierung des gesamten Geschäfts haben Verhandlungen sowohl mit deutschen Banken wie auch mit einer ausländischen Finanzgruppe stattgefunden, die jedoch bisher zu einer Uebereinstimmung nicht geführt haben. Die Verständigung ist soweit, es ist um die deutschen Banken bemüht, im wesentlichen daran gescheitert, daß die Russen für die auf eine Dauer von 4½ Jahren zu gewährenden Kredite Bedingungen forderten, die hinter den für kurzfristige deutsche Industriekredite üblichen zurückblieben. Die deutschen Banken berufen sich gegenüber dieser russischen Forderung darauf, daß es eine Benachteiligung der nicht am russischen Geschäft beteiligten Firmen sein würde, wenn man das russische Geschäft günstiger behandeln wollte als andere Geschäfte. Die Komplikationen würden gewissermaßen vermieden werden sein, wenn die Russen, wie dies sonst bei Warenbezügen üblich ist, sich auf die Prüfung der Konkurrenzfähigkeit der Waren hinsichtlich der Preise beschränkt und sich nicht darum gekümmert hätten, zu welchen Bedingungen sich ihre Lieferanten verhielten. Hinsichtlich der Preisgestaltung wird seitens der deutschen Firmen darüber geklagt, daß **Kalkulationspreise** gehalten wurden, die sowohl unter die Selbstkosten wie unter das internationale Preisniveau beziehen, und daß die übermäßige Steigerung, die Rußland als allein niger Besteller hat, zu einem unerträglichen Preisdruck ausgenutzt würde. Es erscheint ausgeschlossen, daß man russische Kredite in anderen Ländern hinsichtlich der Kredit-, Preis- und Lieferungsbedingungen so ungünstig wie in Deutschland, zumal, soweit bekannt, andere Regierungen für nach Rußland zu liefernde Kredite Garantien in neuennenswertem Umfange nicht übernommen haben, eine praktische Auswirkung ist daher von dem Rykoffschen Erlaß nicht zu erwarten.

Federzoni über seine Tiroler Reise.

fr. Mailand, 10. 6. (Eigenbericht.)

Der Innenminister Federzoni hat über seinen letzten Aufenthalt in Südtirol dem „Giornale d'Italia" gegenüber sehr begeistert geäußert. Er fand, daß die Italiener überall bereitwillig und aufrichtig gewesen ist. Er erwähnte besonders, daß die Schulverhältnisse in Südtirol entgegen anderslautenden Ansichten sehr günstig seien. Die Bevölkerung bemühe sich, die italienische Sprache zu lernen. — Man versteht nicht recht, weshalb die Presse- und Vereinsfreiheit noch immer der dortigen Bevölkerung genommen ist, wo sie doch nach Ansicht des zuständigen Ressortministers sich durchaus lohnt verhält.

Die Zwischenfälle im Preußenhaus.

Agitationsferien des Landtages.

Die Dämmerung in der gestrigen Sitzung des Preußischen Landtages nahm ihren Anfang von einer Rede des kommunistischen Abgeordneten Pieck, der die Beratung des Antrags des Reichspräsidenten gerichteten kommunistischen Antrages verlangte und sich hierbei zu unerhörten Ausfällen gegen den Reichspräsidenten hinreißen ließ. Die Kommunisten sind bekanntlich, weil ihr Antrag auf Anordnung des Präsidenten nicht durchgedrungen ist. Sie sind der Auffassung, daß ihr Antrag in darauf zulässiger parlamentarischer Form ihrer Stellungnahme zum Ausdruck bringt. Pieck wolf dem Reichspräsidenten die Ablicht eines Verfassungsbruchs vor. Er sprach von frechen Beleidigungen der verfassungsmäßigen Bevölkerung, von einer unerhörten Verfassungsverletzung und von Unverschämtheiten. Für jeden dieser Ausdrücke erhielt er einen Ordnungsruf. Beim Abgang von der Tribüne bezeichnete er Hindenburg als den politischen Handlanger der Reichen. Dieser Zwischenruf wurde vom Präsidenten, wie er schon im Aeltestenrat mitteilte, nicht gehört und infolgedessen nicht gerügt.

Die Rechte protestierte gegen die ungenügende Zurückweisung der unerhörten Beleidigungen, die gegen die Ehre des Landes gingen. Der Präsident sah sich schließlich, wie bereits im Abendblatt gemeldet, veranlaßt, den Sitzungsraum zu räumen. Die Pause der Sitzungspause dauerte ein Stunde. Nach Wiedereröffnung der Plenarsitzung teilte Präsident Bartels mit, daß im Aeltestenrat alle Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten die Ausführungen und das Vorgehen Piecks entschieden verurteilt und zurückgewiesen hätten. Auch die Sozialdemokraten hätten sich also in diesem besonders schlimmen Falle von ihren kommunistischen Schrittmachern zu lösen verstanden — im Gegensatz zum Reichstag, wo sie die kommunistische Rede bekanntlich weniger nach zu übertrumpfen suchten.

Der Präsident stellte außerdem die Kniegelegenheit der Ordnungsrufe ohne Zitat klar und bekannte, wenn er den letzten Zwischenruf gehört hätte, so würde er zu schärferen Maßnahmen gegriffen haben. (Sort, hört! bei den Komm.) Er betrachte nunmehr den Vorfall als erledigt. (Unruhe und Widerspruch rechts.)

Daß der Präsident mit dieser strafloser Hinnahme der letzten unerhörten Beleidigung der Reichspräsidenten zweifellos einen Mißgriff getan hat, bedarf hier nicht nur das bestiedigte Gelächter der Kommunisten, sondern auch die Stellungnahme des Aeltestenrats des Reichstages, der in einem ganz ähnlich liegenden Falle. Hier hatte sich der Aeltestenrat mit der Angelegenheit des Sozialdemokraten Dr. Rosenfeld zu befassen gehabt, der den unerhörten Zwischenruf von „Mörderhund" Hindenburgs getan und wiederholt hatte. Die Wiederholung hat der Präsidentin, wie er mitteilte, ihr ebenfalls nicht gehört worden. Der Aeltestenrat stellte dem Präsidenten anheim, weiterer Befriedigung vorzunehmen und je nachdem in der Plenarsitzung am Freitag die Rüge gegen Dr. Rosenfeld nachzuholen. Dazu kam es allerdings auch im Falle Pieck das Richtige gewesen.

An sachlichen Beratungen erledigte der Landtag einen kommunistischen Antrag durch einstimmige Annahme, der das Staatsministerium ersucht, den Polizeigrunden Anweisung zu geben, daß legitime Betätigung bei dem Volksentscheid unterbunden wird. Im übrigen führte man die allgemeine Aussprache zum Haushalt zu Ende. Ministerpräsident Fritze gab eine Erklärung u. a. zum Verfahren gegen die Minger wegen der Bernsteiner Unruhen. Es erscheine gegenwärtig als politisch notwendig; die besonderen Schwierigkeiten der Minger wurden aber berücksichtigt werden.

Nach Ablehnung der Grundsatzsprache zum Haushalt wurde der Entwurf über Erweiterung und Einschränkung des Kreises der Pflichtsitze zur Schiffbeteiligten Firmen sein nahm. Wenn man das russische Geschäfte günstiger behandeln wollte als andere Geschäfte. Die Komplikationen würden gewissermaßen vermieden werden sein, wenn die Russen, wie dies sonst bei Warenbezügen üblich ist, sich auf die Prüfung der Konkurrenzfähigkeit der Waren hinsichtlich der Preise beschränkt und sich nicht darum gekümmert hätten, zu welchen Bedingungen sich ihre Lieferanten verhielten. Hinsichtlich der Preisgestaltung wird seitens der deutschen Firmen darüber geklagt, daß Kalkulationspreise gehalten wurden, die sowohl unter die Selbstkosten wie unter das internationale Preisniveau beziehen, und daß die übermäßige Steigerung, die Rußland als alleiniger Besteller hat, zu einem unerträglichen Preisdruck ausgenutzt würde. Es erscheint ausgeschlossen, daß man russische Kredite in anderen Ländern hinsichtlich der Kredit-, Preis- und Lieferungsbedingungen so ungünstig wie in Deutschland, zumal, soweit bekannt, andere Regierungen für nach Rußland zu liefernde Kredite Garantien in nennenswertem Umfange nicht übernommen haben, eine praktische Auswirkung ist daher von dem Rykoffschen Erlaß nicht zu erwarten.

Beschleunigte Prüfung der Ruhrkampfnachwirkungen.

Reichskanzler Dr. Marx empfing am Donnerstag die Mitglieder des 16. Ausschusses des Reichstags in Anwesenheit der beteiligten Reichsminister zu einer längeren Aussprache über dringende Wünsche des besetzten Gebietes. Eine beschleunigte Prüfung der von den Abgg. Bayerdörfer, Esser, Becker-Hessen, Lohmann-Düsseldorf und Herschmann vorgebrachten Wünsche wurde zugesagt. Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete wird im Einvernehmen mit den beteiligten Ressorts dem 16. Ausschuß in Kürze ein Programm zur endgültigen Erledigung aller Reste aus dem Ruhrkampf und seiner Nachwirkungen vorlegen, das noch vor der Sommerpause des Reichstags zur Verabschiedung gebracht werden soll.

Neue Winzerkredite.

wt. Köln, 10. 6. (Eigenbericht.)

Um die Fortführung der Weinbergbetriebe zu ermöglichen, hat der Oberpräsident im Auftrage des preußischen Landwirtschaftsministeriums aus den bereitgestellten Mitteln neue Kredite überweisen lassen, und zwar vornehmlich an kleine und mittlere Weinbaubetriebe mit mit mehr als 50 000 Stock Weinbergland, und vorzugsweise an solche Winzer, die den Weinbau als ausschließliche Erwerbsquelle betrachten. Die Höhe des Kredits ist von dem Minister für die Winzer der Mosel, Saar und Ruwer auf 20 bis 30 Mark für je 1000 Stock erhöht worden. Der Kredit, für den ein Schuldschein hinterlegt werden muß, ist vom 1. Juli 1926 an mit 4% jährlich zu verzinsen und am 31. Dezember 1930 zurückzuzahlen. Die Darlehen müssen ausschließlich zur Begleichung der Kreditzinsen verwendet werden, die den Kreditnehmer durch den Bezug von Dünger, Spritzmitteln und Betriebsstoffen für die Fortführung des Weinbaues und zur Rebenschädlingsbekämpfung entstanden sind.

Aufruf gegen den Volksentscheid.

Uns wird folgender Aufruf übermittelt:

„An das deutsche Volk! Ernste Sorge um Deutschlands Zukunft treibt uns, dem deutschen Volk in letzter Stunde zu rufen: Wollt ihr, daß Volksentscheid eine schwere Krise heraufbeschwören muß, wenn der sozialistisch-kommunistische Antrag gegen das Privateigentum zum Ziele führen sollte. Die gewissenlose Agitation der Linksradikalen hat sich an ein falsches Gerechtigkeitsgefühl gewandt und damit das eigentliche politische Ziel dieses revolutionären Kampfes zu verschleiern versucht. Im Wahrheit geht es nicht um die Bezwingen der Fürsten, sondern um den Grundsatz des Privateigentums und damit um die Grundlagen unserer tausendjährigen Kultur. Werden sie erschüttert, dann steht Deutschland in einem neuen Kampf, der bei den Gegnern der Republik mit aller Wucht auseinanderprallen müssen, in dem unsere schwerringende Wirtschaft aufs neue gefährdet und das deutsche Volk in innerer Zerrissenheit ohnmächtiger wird denn je. In unserer Not appellieren wir an den Sinn und das Gewissen der Massenleidenschaften gegen die Grundlagen des kleinlichen Zusammenlebens entfaßt, der bezeht ein Verbrechen an der deutschen Zukunft. Das deutsche Volk darf nicht zulassen, daß ein Ausnahmegesetz die verfassungsmäßigen Rechte deutscher Staatsbürger beseitigt.

Es ist naterländische Pflicht, alle diejenigen zur Abstimmung zu mahnen, die in ruhiger Fortentwicklung Deutschlands am Herzen liegt. Je geringer die Beteiligung am Volksentscheid, je geschlossener der Widerstand gegen die kommunistischen Enteignungsbestrebungen ist, desto aber wird das deutsche Volk aus seiner inneren Krisis wieder zu ruhiger Entwicklung und zu wirtschaftlicher Wiederaufbauarbeit kommen. Deshalb bleibe jeder am 20. Juni der Abstimmung fern!"

Aus den bisher gezeichneten Unterschriften des Aufrufes nennen wir:

Dr. Becker-Hessen, Reichsminister a. D., M. d. R., Dr. h. c. Marx, Gehm. M. d. R., Brauns, Prof. h. c. Beckerath-Krefeld, Landarbeiter, M. d. R., Dr. Berendsen, Göttler, Hamburg, Beuthien, Verbandsdirektor, M. d. R., Dr. Bell, Kardinal Bl., Geheimrat Dr. Wilhelm v. Bode, Dr. Boelitz, Staatsminister a. D., M. d. R., Prof. Dr. Brandt, Berlin, Dr. Brüning, M. d. R., Geheimrat Dr. Wolfgang v. Groote, Geh. und Oberregierungsrat, Reinter, Dr. Dr. Cohn, Dr. Dr. von Rosenschilden-Aichold, Lloyd, Dr. Heinze, Reichsfinanzminister a. D., M. d. R., Kopp, Prof. Dr. Weismann, Dr. Dr. Dr.

A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Sport.

Derby-Splitter.

Von unserem Berichterstatter.

sx. London, Anfang Juni.

Der Prinz von Wales trug zu einem braunen Ueberzieher einen schwarzen Hylinder. Wenn er das nicht getan hätte, hätte es wahrscheinlich auch gestanden. Der König trug ebenfalls einen braunen Ueberzieher, aber natürlich einen grauen Hylinder. Jeder Schneider aus der Jermyn Street weiß, daß unter dem schwarzen Seidenhut nur der leichte schwarze Mantel oder der hellgraue Raglan möglich ist. Man sollte doch auch als Kronprinz etwas Rücksicht nehmen. Vielleicht kommt er nach Ascot im stumpfgeschnittenen Operhat! Wenn man das nur vorher wüßte ...

*

Am Abend vorher trafen die ersten Automobile ein und stellten sich ganz vorn ans Geländer. Am Morgen goß es in Strömen. Von 5 Uhr früh bis 8 Uhr früh war die Straße über Putney und Wimbledon nach Epsom verstopft. Wer um 12 losfuhr, hatte freie Bahn. Wer jedoch schwarz, daß man um 6 Uhr morgens spätestens abfahren muß. Das ist schon vor 150 Jahren so gewesen.

*

Die große Volksbelustigung fiel aus! Von den 200 000 Zuschauern blieben 190 000 wohlgeborgen im Auto, der Rest kauerte unter Regenschirmen. Der große Hügel in der Mitte der Bahn verlief in seinen Abhängen im Morast. Die Kavaliaden schöner Reiterinnen, die quer über den Hügel vom Start zum Ziel galoppierten, sind verhüllt in unförmliche Capes und Regenmäntel. Seltsame und Russenstiefel für das Derby, Seide und Spitzen für das Moderennen von Ascot, über dem noch das Damoklesschwert der Kohlenverordnung hängt. Lächerlich, daß man plötzlich auch Benzin sparen soll. Konzentrischer Angriff von Moskau auf alle demokratischen Grundrechte.

Darauf, mit triefenden hängenden Haaren waren hunderte Zigeunerweiber von Wagen zu Wagen. Glück für einen Penny. Zwei Millionen Pfund auf Colorado. Das letzte Gebiet ist schlecht. Die Buchmacher schreien sich die Lunge aus dem Hals. Die paar Schritt aus dem Wagen zum Buchmacherregenschirm bedeuten Einsitzt. Oben im Heerlager der Zigeuner, wo sie ihre Wagenstadt aufgefahren haben, gehen ganz andere Summen um. Armer Churchill, wie wollt du das mit deiner Weltfeuer bewältigen!

Erdbeeren, Zigaretten, Schokolade! Der eine Bengel ist wie aus dem Wasser gesogen. Kaum einer kauft. Die stundenlang wartende Menge ist selbst zum Essen zu stumpfsinnig.

*

1 Uhr 30: Das erste Rennen wird teilnahmslos abgeschritt. — 2 Uhr 5: Das zweite ebenso. Wir fahren kreuz und quer durch das Mittelgelände der Bahn zum Start. Ein Wagen gibt uns Platz am Geländer. Wir stoppen am Startband. Unerträgliche sieben Minuten Verzögerung. Kein Galopp

Unpolitische Tagesschau.

Lärm im Rathaus.

Der Etat gefährdet. — Die Nord-Südbahn-Affäre. — Sozialistisch-kommunistische „Offenbarungen".

Im Stadtparlament gab es gestern verschiedentlich starke Unruhe. Man befaßte sich zunächst mit den verschiedenen Veröffentlichungen über die Zwischengewinne bei der Nordsüdbahn, und es war deinahe selbstverständlich, daß die Kommunisten sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen würden, ihr Parteisüppchen zu kochen. Die sachlichen Erklärungen der übrigen Debatteredner vereitelten jedoch ihre Absicht, ein bißchen Skandal zu machen.

Bei der Beratung des Etats entstand dann eine Holzerei auf der Linken. Auf eine Verbalinjurie eines Sozialisten antwortete ein Kommunist mit einer Maulsperre. Der Vorsteher vertagte die Sitzung auf fünf Minuten. Währenddessen sprachen beide Kontrahenten die Bedauern aus und erhielten einen Ordnungsruf.

Die Ruhepause wurde um ein beträchtliches Stück gefördert. Bezeichnend war es hierbei, daß Sozialisten und Kommunisten Arm in Arm die Treppe hinuntergehen Gummi für die Seelsorger in Anstalten und Krankenhäusern strichen, dafür aber außer den schon im Haushaltsplan stehenden 3000 Mark für die Rote Hilfe weitere 3000 Mark für die Internationale Arbeiterhilfe durchbrachten.

Die Art und Weise, mit der die Linke nur ihre eigenen Wünsche berücksichtigt und alles niederstimmt, was ihr nicht genehm ist, hat im übrigen zu einer Gefährdung des Etats geführt. Bei sämtlichen bürgerlichen Parteien wächst die Neigung, den Haushalt in dieser Form abzulehnen.

*

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der ungnädigen vom Oberpräsidenten bestätigte kommunistische Stadtrat Dr. Auländer durch Oberbürgermeister Dr. Böß in sein Amt eingeführt und begrüßt. Für die Stadtverordnetenversammlung schloß sich der Vorsteher Haß dieser Begrüßung an.

Dann beschäftigte sich die Versammlung mit der Angelegenheit der Unregelmäßigkeiten bei der Nordsüdbahn. Es lagen hierzu je eine Anfrage der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten und ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten vor, in dem beantragt wurde, einen Untersuchungsausschuß von neun Mitgliedern einzusetzen. Wie es zu erwarten stand, benutzte der Sprecher der Kommunisten die Gelegenheit, die Sache durch grobe Entstellungen und persönliche Ausfälle parteipolitisch auszunutzen. Der Stadtr. Schwarz (D. Vp.) stellte fest, daß schon vor Wochen, als die Fraktion von dem Verdacht gegen den Stadtr. Bauer Kenntnis bekam, dieser aufgefordert worden sei, sein Mandat vorläufig nicht auszuüben. Inzwischen sei Bauer, der nach wie vor seine Schuld bestreite, bis zu seiner Rehabilitierung aus der Fraktion ausgeschieden. Der Stadtv. Koch (Soz. Mat.) lehnte es ab, die Angelegenheit parteipolitisch aufzubauschen; die gerichtliche Untersuchung werde Klarheit schaffen müssen. Nachdem sich der Stadtr. Reuter (Soz.) in ähnlichem Sinne geäußert hatte, gab der Stadtkämmerer Dr. Karding für den Magistrat eine Erklärung ab. Er verlas eine inzwischen der Presse zugegangene Aeußerung des Magistrats, in der im ganzen das bestätigt wurde, was wir bereits über die Sache berichtet hatten. Der Dringlichkeitsantrag der Kommunisten wurde abgelehnt; nur die Initiativanträge waren dafür.

Nun wurde in die Tagesordnung eingetreten und alsbald die Etatsdebatte erneut aufgenommen. Beraten wurde zunächst über die Sammelkapitel XIX und IX: „Verschiedenes". Dazu lag ein gemeinschaftlicher Antrag sämtlicher bürgerlichen Parteien vor, die mit den Stimmen der Linken im Ausschuß gestrichene Summe von 18 000 Mark für die Seelsorge in den städtischen Anstalten und Krankenhäusern wiederzustellen. Mit 94 Stimmen der Linken gegen 85 der Rechten wurde der Antrag abgelehnt. Dagegen setzte die Linke einen Beschluß durch, 3000 Mark für die Internationale Arbeiterhilfe zu bewilligen. Mit einer Unzahl von Abänderungsanträgen blieben die Kommunisten die Minderheit. Die in der vorigen Sitzung beratenen Kapitel wurden ebenso wie die Positionen unter „Verschiedenes" im übrigen nach den Vorschlägen des Haushaltsausschusses angenommen.

Zum Schluß wurde noch über die Kapitel: Unterricht, Bildung, Kunst debattiert. kw.

*

Stadtbaurat Gieße †.

Der Stadtbaurat des Bezirks Lichtenberg, Dr.-Ing. Rudolf Gieße, ist plötzlich infolge eines Herzschlags im Alter von nur 46 Jahren gestorben. Er war 16 Jahre lang im Dienst der früheren Stadt Lichtenberg und nach der Schaffung Groß Berlins im Bezirk Lichtenberg als Stadtbaurat tätig.

Typhuserkrankung durch Havelwasser?

Der Amtsvorsteher von Glindow bei Potsdam gibt bekannt, daß ein in Glindow vorgekommener Typhusfall nach dem Gutachten des zuständigen Kreisarztes Dr. Manthey (Belzig) keine Ursache wahrscheinlich durch den Gebrauch von Havelwasser hat. Die Bevölkerung wird amtlich vor dem Gebrauch des Wassers aus dem Glindower See, der mit der Havel in Verbindung steht, zu Trink- und zu Kochzwecken gewarnt. Es handelt sich bei den Erkrankten um den 15jährigen Sohn und die 13jährige Tochter des Arbeiters Wegner. Die erkrankten Kinder sind in das Städtische Krankenhaus in Potsdam eingeliefert worden. Der Obersuchter Arendt in Glindow ist an Typhus gestorben.

Kreissynode Berlin-Stadt II.

Die Kreissynode Berlin-Stadt II hielt ihre diesjährige Tagung unter dem Vorsitz von Zuperintendent Sch. Rat D. Roseufeld ab. Im Mittelpunkt der teilweise bewegten, im ganzen aber eindrucksvollen und einmütigen Beratungen stand die Erörterung der auch in anderen Kreissynoden vielfach behandelten Frage: „Was kann geschehen, um die kirchlichen Interessen in der öffentlichen Meinung zur Geltung zu bringen?" Pfarrer Lic. D. Rump behandelte dieses Thema in einem großzügig angelegten und mit starkem Beifall aufgenommenen Referat, in welchem er neue Mittel und Wege aufwies, um die kirchlichen Interessen gegenüber der breiten Oeffentlichkeit wirksamer zur Geltung zu bringen. Fast einstimmige Annahme fand ein Antrag des Superintendent Hammen, in welchem die Gemeinden des Kirchenkreises von dem Volksentscheid zur enteignungslosen Enteignung der Fürstenhäuser gewarnt werden, und zwar, wie in der Aussprache über diesen Punkt ausdrücklich immer wieder hervorgehoben wurde, nicht aus irgendwelchen politischen Gründen, sondern aus den ernstesten Gewissensbedenken heraus, weil diese Enteignung nicht nur Moral und Recht untergrabe, sondern eine unzweideutige Verletzung des 7. und 9. Gebots darstelle. Die Debatte über die Fragen des kirchlichen Siedlungswesens und der Wohlfahrtspflege und der Behandlung der Dissidenten auf den kirchlichen Friedhöfen lenkte Zeugnis davon ab, wie vielbewußt innerhalb des Kirchenkreises gearbeitet wird, um den Boden der Gegenwart zu steuern.

Das Finanzamt Börse veröffentlicht im Anzeigenteil der heutigen Ausgabe eine „Oeffentliche Aufforderung zur Erneuerung von Kraftfahrzeugsverkehrsfarten", auf die besonders hingewiesen wird.

Oberwachtmeister Nikolaus Przywarski vom Augusta-Regiment, von dem Kriege einer der populärsten Berliner Militärmusiker und Komponisten, ist im Alter von 67 Jahren auf seinem kleinen Besitztum in Fichtengrund bei Oranienburg gestorben.

*

Der Chauffeur Friedrich Müller, der nach seinen Angaben im Grunewald einem Raubüberfall zum Opfer gefallen sein, ist die Hatzel geworden, was, hat jetzt einwandfrei, daß er den Ueberfall erdichtet hat, und er das gestohlene Fahrzeug verspielt hatte.

Rentnerin gegen Reichsfiskus.

Ein Aufwertungsprozeß.

Vor der 36. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin fand am Donnerstag unter dem Rubrum „Meuschner contra Reichsfiskus" ein Aufwertungsprozeß von allgemeinem Interesse statt. Als Klägerin trat eine Kleinrentnerin auf, die Mitglied des Allgemeinen Rentnerbundes ist und im Besitze einer Vorkriegshypothek von 6000 Mark und von 500 Mark festgeschriebener Kriegsanleihe war. Sie klagte gegen den Fiskus auf die Nachzahlung der Differenz zwischen den in den Aufwertungsgesetzen bzw. dem Anleihebablösungsgesetz festgesetzten Aufwertungssätzen und dem Nominalbetrag dieser Forderungen.

Der Rechtsbeistand der Klägerin begründete diese Forderung damit, daß an dem verfassungsmäßigen Zustandekommen der Aufwertungsgesetze noch Entscheidung des Reichsgerichts vom 4. November 1925 nicht mehr zu zweifeln sei. Es handele sich aber trotzdem bei den im Aufwertungsgesetz verzeichneten Schulden um reine Geldschulden, um so sei zu prüfen, ob der Reichsfiskus nicht etwa wegen eines Verstoßes gegen die Verfassung, insbesondere den Artikel 109 der ersatzlosen Täuschung heraus hofte. Die Inflation allein involviere schon diesen Tatbestand, denn sie sei kein elementares Ereignis, sondern sei systematisch gemacht worden, um die Ausgaben des Reiches zu decken. Das Bankgesetz, nach dem die Reichsbank dem Reiche nur fundierte Kredite geben dürfe und nach dem diese Kredite bei Abschluß des Rechnungsjahres abgedeckt seien, sei nicht eingehalten worden. Der Einflußnahmezwang zur Reichsbanknoten sei bekanntlich durch die Verordnung vom 4. August 1914 außer Kraft gesetzt worden. Diese Außerkraftsetzung sei nur interimistisch gedacht gewesen, aber eine Aufhebung dieser Außerkraftsetzung habe nicht stattgefunden. Im Jahre 1920 sei die Bestimmung des Reichsbankgesetzes aufgehoben worden, nach der die ausgegebenen Noten mit einem Drittel in Gold gedeckt sein müßten. Obwohl das Reich bei der Ausgabe der Banknoten gewußt habe, daß diese schon den Todeskeim in sich trügen, sei dem Volke erzählt worden, daß die Wertbeständigkeitsrente auf ausländische Wäschereiaktien, auf spekulative Manöver, auf mangelndes Vertrauen des Auslandes zu den innerpolitischen Verhältnissen des Deutschen Reiches zurückzuführen sei. Dieser feststehende Tatbestand begründe den Vorwurf der arglistigen Täuschung, und deshalb müßte die Differenz für die Hypothekar-Kapital werden. Anders lägen die Dinge bei der festgeschriebenen Reichsanleihe. Eine Entschädigung des Reichsgläubigers wäre der Verfassung, insbesondere dem Grundsatz, daß alle Deutschen vor dem Gesetz gleich seien, und es verstoße auch gegen die feierliche Zusicherung der Reichsregierung, daß an der Kriegsanleihe niemals geröttelt werden dürfe.

Der Vertreter des Fiskus wochte geltend, daß die Ausübung eines Staatshoheitsrechtes niemals eine arglistige Täuschung sein könnte, daß die Leistungen aus Vorkriegsforderungen und Vorkriegsanleihen durch die Aufwertungsgesetze gerecht und abschließend zusammengefaßt seien, so daß weitere Forderungen nicht mehr entstehen könnten. Ueber die Entscheidung des Gerichts werden wir berichten.

Den Vater in Notwehr erschossen.

Eine blutige Tragödie spielte sich gestern nachmittag in dem Hause Freienwalder Str. 31/32 ab, wo der 52jährige alte Vater Franz Gräß mit seiner Frau wohnt. Gräß zerrtrank und verspielte seinen ganzen Verdienst, so daß die Frau vom Amt für Arbeitslosenfürsorge leben mußte. Dieses hatten wiederholt heftige Auseinandersetzungen mit ihrem Vater, bei denen Gräß sie oft mit Messer und Beil bedrohte. Gestern nachmittag geriet nun der 30 Jahre alte Sohn Richard, als die Mutter einen Beilhieb der ihrer Tochter zugedacht, dem Vater in Streit. Mutter und Tochter waren etwa eine halbe Stunde beisammen, als plötzlich der junge Mann erschien und hoffnungsvoll bestrebt loste: „Kommt mit auf das Polizeipräsidium, ich habe Vater erschossen!"

Dem Kommissar vom Dienst erzählte er, daß der Vater im Verlaufe des Streites plötzlich mit einem großen Küchenmesser auf ihn losgegangen sei; in der Notwehr habe er einen Revolver, ohne den er es nie zur Arbeit ging, zutage gezogen und den Wütenden erschossen. Die Beamten fanden den alten Gräß tot auf und liegen die Leiche nach dem Schauhause bringen.

Eine weitere Klärung wurde der junge Gräß in Gewahrsam behalten.

Der Mordprozeß Gerth.

Die gestrige Verhandlung des früheren Polizeivizepräsidenten Gerth ging, wenigstens äußerlich, in ruhigen Geleisen um, das sehr eigenartige Momente aufweist und deshalb die Grundlage zu dem von Seite gegen den Fiskus auf Nachzahlung der Differenz zwischen den in den Aufwertungsgesetzen bzw. dem Anleihebablösungsgesetz festgesetzten Aufwertungssätzen und dem Nominalbetrag dieser Forderungen.

Die Rechtsbeistand der Klägerin begründete diese Forderung damit, daß an dem verfassungsmäßigen Zustandekommen der Aufwertungsgesetze noch Entscheidung des Reichsgerichts vom 4. November 1925 nicht mehr zu zweifeln sei. Es handele sich aber trotzdem bei den im Aufwertungsgesetz verzeichneten Schulden um reine Geldschulden, um so sei zu prüfen, ob der Reichsfiskus nicht etwa wegen eines Verstoßes gegen die Verfassung, insbesondere den Artikel 109 der arglistigen Täuschung heraus hofte. Die Inflation allein involviere schon diesen Tatbestand, denn sie sei kein elementares Ereignis, sondern sei systematisch gemacht worden, um die Ausgaben des Reiches zu decken. Das Bankgesetz, nach dem die Reichsbank dem Reiche nur fundierte Kredite geben dürfe und nach dem diese Kredite bei Abschluß des Rechnungsjahres abgedeckt seien, sei nicht eingehalten worden. Der Einflußnahmezwang zur Reichsbanknoten sei bekanntlich durch die Verordnung vom 4. August 1914 außer Kraft gesetzt worden. Diese Außerkraftsetzung sei nur interimistisch gedacht gewesen, aber eine Aufhebung dieser Außerkraftsetzung habe nicht stattgefunden. Im Jahre 1920 sei die Bestimmung des Reichsbankgesetzes aufgehoben worden, nach der die ausgegebenen Noten mit einem Drittel in Gold gedeckt sein müßten. Obwohl das Reich bei der Ausgabe der Banknoten gewußt habe, daß diese schon den Todeskeim in sich trügen, sei dem Volke erzählt worden, daß die Wertbeständigkeitsrente auf ausländische Wäschereiaktien, auf spekulative Manöver, auf mangelndes Vertrauen des Auslandes zu den innerpolitischen Verhältnissen des Deutschen Reiches zurückzuführen sei. Dieser feststehende Tatbestand begründe den Vorwurf der arglistigen Täuschung, und deshalb müßte die Differenz für die Hypothekar-Kapital werden. Anders lägen die Dinge bei der festgeschriebenen Reichsanleihe. Eine Entschädigung des Reichsgläubigers wäre der Verfassung, insbesondere dem Grundsatz, daß alle Deutschen vor dem Gesetz gleich seien, und es verstoße auch gegen die feierliche Zusicherung der Reichsregierung, daß an der Kriegsanleihe niemals gerüttelt werden dürfe.

Der Vertreter des Fiskus wochte geltend, daß die Ausübung eines Staatshoheitsrechtes niemals eine arglistige Täuschung sein könnte, daß die Leistungen aus Vorkriegsforderungen und Vorkriegsanleihen durch die Aufwertungsgesetze gerecht und abschließend zusammengefaßt seien, so daß weitere Forderungen nicht mehr entstehen konnten. Ueber die Entscheidung des Gerichts werden wir berichten.

Der Breslauer Kindermord.

rer. Breslau, 10. 6. (Eigenbericht.)

Der Kindermord ist seiner Aufklärung noch nicht näher gekommen. Die Kriminalbeamten sind zurzeit Tag und Nacht an der Arbeit, um Licht in die Angelegenheit zu bringen. Die gerichtsärztliche Obduktion ergab, daß das Mädchen höchstwahrscheinlich von dem Mörder zu Tode gequalt worden ist. Wahrscheinlichkeit gewinnt die Vermutung, daß der Knabe die Kaffeetüte auf dem Paketchen auf Verlangen des Mörders selbst hinzubinden hat. Jedenfalls hat ein Verschnitt in der Schrift in den Schulheften des Knaben diese Annahme sehr wahrscheinlich gemacht.

DÜSSELDORF 1926
MAI OKT
GROSSE AUSSTELLUNG
GESUNDHEITSPFLEGE
SOCIALE FÜRSORGE
LEIBESÜBUNGEN
Verbunden mit der Düsseldorfer Kunstausstellung

Theater-Spielplan

11. Juni.

Staatsoper (Kroll). (143.) 7,30 Der Zweibauer.
St. Oper Charlottenburg. Bismarckstr. 34/37. Erstaufführung: 7 Fastnacht. Rk.-Zurm. 1.
Schauspielhaus. (137.) 8 Die Welt, in der man sich langweilt.
Schiller-Theater. 8 Wetzel und die 36 Gerechten.
Deutsch. Theater. 8,15 Das Ekel.
Die Komödie. 8,15 Weiß-end (Ueber'n Sonntag).
Theat. d. Westens. Geschlossen.
Lessing-Theater. 8 Schneider Wibbel.
Theater in der Königgrätzerstr. 8 Gesalene Engel.
Theater am Kurfürstendamm. 8,15 Redhahn.
Lustspielhaus. 8 Auf heiterem Himmel.
Trianon-Theater. 8,15 Kampf in der Brautnacht.
Dt. Künstlertheat. 8 Der fröhliche Weinberg.
Renaissance-Th. 8 Die fleißige Leserin.
Komödienhaus. 8 Der Garten Eden.
Metropol-Theat. 8,15 Die Nacht der Nächte.
Kleines Theater. 8,15 Weiterfprünge.
Berliner Theater. 8,15 Donnerwetter — ganz famos!
Residenz-Theat. 8,15 Herz contra Herz.
Schloßpark-Th. Steglitz. 8,15 Der Störenfried.
Central-Theater. 8 Ein Bankier.
Volksbühne. 7,30 Faust. I. Teil.
Theat. am Schiffbauerdamm. 8 Die Freier.
Wallner-Theater. 8 Der heilige Brunnen. — Blanco Doktor? Erwachung.
Neues Theater am Zoo. 8 Der alte Teufeler.
Th. i. d. Klosterstr. 8 Die spanische Fliege.
Rose-Theater. 6,15 Ihre Zeine Mutter.
Gartenstadtbühne. 7,45 Die geschiedene Jungfrau.
Komische Oper. 8,15 Berlin ohne Hemd.

Bürorräume zwei, fünf, sieben Zimmer, Boden- u. Kellerräumlichkeiten, Telephon Steglitz 3, r, sofort zu vermieten. Gefl. Angebote unter Bezirk Steglitz, Nr. 103 durch Ala Anzeigen-Gesellschaft, Berlin, Gerichtstraße 1, sowie Schriftleitung, Berlin-Steglitz, Bismarckstraße 10.

Rose-Theater. Heute 8 Uhr: Die Frau im Hermelin. Morgen: Die Dame mit der Maske. Sonntag: Die Dame mit der Maske. Montag: Die Dame mit der Maske. Dienstag: Die Dame mit der Maske. Mittwoch: Die Dame mit der Maske. Donnerstag: Die Dame mit der Maske. Freitag: Die Dame mit der Maske. Sonnabend: Die Dame mit der Maske.

SCALA Internationales VARIETE 8 Uhr. Sonntags 3,30 zu ermäßigten Preisen u. volle Progr.

Rennbahn Hoppegarten Rennen am 11. Juni 1926, nachm. 3 Uhr.

Ehem. Kav.-Offiz. erbittet Posten **als Reisebegleiter.** Offerten unter Nr. 6919 an die DAZ.

Geb. Frl. a. gut. Familie, ob. Anhg., arbeitsfr., i. Kochen, Nähen sowie Handhabt. mit Kindern, **f. Kinderpflege u. Stütze** a. im Frauenhaushalt zum 1. Juli 1926. Eilteiere Bewerbung postlagernd **P. J.**

12 000 Mk. auf 1. Hypothek auf neues Anwesen, mehrfache Sicherheit, herrliche Lage im südlichen Schwarzwald, **von Geldgeber gesucht.** Gutes Verzinslichung für Dauer des Darlehens jährlich vierteljährlich feier Kurzaufenthalt. Angebote an die DAZ unter **Nr. 6921.**

Edel-Honig garantiert unverfälscht u. unerhitzt (ohne Zuckerfütterung gewonnen). 10-Pfd.-Eimer (9 Pfd. netto) M. 13.—, halb. 7.—, Nachn. 30 Pf. mehr, Kostpr. 40 Pf. **G. Kauder, Potsdam 78,** Postscheckkonto Berlin 139 141.

KURHAUS ESPLANADE am Schermützelsee **BAD SAAROW** am Schermützelsee
ERSTES GROSSES SOMMERFEST
Sonnabend, den 12., und Sonntag, den 13. Juni
MODEN - REVUE
Modelle Gerson-Prager-Hausdorff
BALL DER MODE — SCHÖNHEITSKONKURRENZ
MODEKÖNIGIN SONJA'S erstmaliges Auftreten als Tanzstar
Tischbestellung Bad Saarow 75 und 67

MERLIGEN am Thunersee Berner Oberland Nähe Interlaken

Hotel Pension des Alpes Familien-Hotel, Luftkurort, Waldpromenaden-Bad- u. Ruhepavillon, Pension 10 Fr. Garage. Telephon 12. Prospekte. **A. Krebs.**

Hühneraugen verursachen häufig unerträgliche Schmerzen. Das einzuführende Hühnerauge-Pflaster beseitigt die Ursache. Eine Packung kostet nur 75 Pfg. Das wohltuende Hühner-Pflaster (Frostschutzmittel 50 Pfg.) erhält die Wirkung des Hühner-Pflasters und schützt die Hühneraugen und Wunden.
In sich allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Auch Ihr Betrieb braucht einen Lieferwagen!
Verlangen Sie daher sofort Angebote und Prospekte über den preiswerten
Opel-1 Tonnen-Wagen
mit Aufbauten für jeden Zweck
10/45 PS
Adam Opel, Filiale Berlin: Courbièrestr 14 • Unter den Linden 66

Der Ausbruch ins Grenzenlose.

Ein Goethe-Roman.

Von

Toni Schwabe.

(20. Fortsetzung.)

„Vor ich denn nur recht? Du willst uns verlassen?"

„Nicht verlassen, Karl August. Ein Jahr Urlaub nur erbitte ich, um meiner Bildung zu dienen. Ein Jahr, und ich komme dann wieder, wenn du mich noch haben willst."

„Ceest un fou!" sagte Karl August und stützte die rotbes an.

Bieleicht war eine vage Hoffnung in ihm, der andere hätte einen etwas weitgetriebenen Scherz gemacht und müsse nun in ein Gelächter ausbrechen, über Goethe hat ein Gerücht. Ach, er dachte nicht, im Gegenteil: er war von tiefinnerster Bewegung so blaß geworden, daß sein schönes Gesicht fast die Farbe des weißen Spitzenjabots annahm und der dunkle Rand der gefärbten Lider wie eine feine Rabenfeder auf der Wange lag.

„Karl August, ich bitte dich, laß mich gehen. Ich fühle, daß ich die jetzt entbehrlich bin. Die Staatsgeschäfte gehen auch ohne mich. Ich habe alles meinem Nachfolger wohlgeordnet zu übergeben. Nur deine Zustimmung, deine Wohlgewogenheit zu meinem Plan fehlt mir noch, Karl August. Gesetzt nichts?"

„Zanft — nichts? Und das Land regiert sich selbsten?"

„Das hat seinen Herzog."

„Und die vielen Freunde und — Freundinnen?"

Das leise Lächeln ging wieder um Goethes blasses Gesicht und gab ihm etwas Rührendes.

„Die Freunde — philosophieren und lieben auch ohne mich, Karl August —"

„Aber die Steinin?"

„Sie hat ihren Mann!"

Das muß hart und stramm gesprochen, wie ein soldatischer Rapport.

„Hm", sagte Karl August, „so."

Und er legte mit einer langsamen Handbewegung die Sinnlichen Alten, die vor ihm lagen, vom Tisch herunter.

„Na, alsdann. Und wenn ich mich echin noch darüber unterichten darf, mein Lieber — nicht, deiner alten Freund und Kameraden gibs es wohl nicht mehr für dich? Denn ist wohl kein Platz mehr in deinem Leben —?"

„Mich — braucht du nicht mehr, Karl August."

Der Herzog stand auf und pankte mit der Faust auf den Tisch.

„Zum Donnerwetter! Dann geh!"

„Deiste das — daß Hoheit mir den Urlaub bewilligen?"

„Na, was soll ich denn anders machen, wenn einer à tout prix von mir fortstreckt, als ihn laufen lassen, be?!"

„Karl August — ?"

„Laß mich ungeschoren. Du siehst, wie ich mich über dich ärgere!"

„Karl August, bin ich in Gnaden beurlaubt?"

Da mußte der Herzog lachen.

„Na also, Wolf! Wie nennst dich deine Hofschreiberei?" Dann meinetwegen ob in Gnaden!" Hart genug kommt mich diese „Gnade" an!"

2.

Goethe hatte vom Herzog erbeten, daß keiner sonst in seinen Reisplan eingeweiht werden sollte. Er wollte eines Tages spurlos verschwinden. Kein Mensch durfte ahnen, wo der Staatsminister und Geheimrath v. Goethe aufhäte und der Privatmann mit dem unbekannten Namen begann.

Denn auch dies war ein Teil des neuen Programms, daß es mit einem neuen Namen begonnen werden mußte, mit einem Namen, der völlig unbelastet von jedem Erleben noch war. Frei und unbelastet von Schuld, Erfolg, Pflichten, Ruhm, Enttäuschung und Glück.

Nur an Vogt, seinen Sekretär in Weimar, schrieb er dieses verschwiegene Reisenbenennen — es war der Allerweitsamme Müller, der sich eben deshalb am meisten verfolgen läßt — nach, daß ihm an, wohin wichtigste Briefe nachzusenden wären.

Und nun begann er zu packen.

Alles, was für den Geheimdetrath v. Goethe wichtig und notwendig gewesen war, wurde für Herrn Müller zum überflüssigen Ballast. Was brauchte Herr Müller auf seiner Reise? Doch nichts als ein paar Stücken praktischer Reisekleider für warm und kalt und ein Bündelchen Wäsche. Sollten sich besondere Interessen an Kunst oder wissenschaftlicher Tätigkeit bei Herrn Müller bemerkbar machen, so würde ihn der Kaiser schon je nach Bedarf das ihm Notwendige anzuschaffen wissen.

Einen Augenblick bedachte er, ob es wohl ratsam sein könnte, den Diener Friedel als Diener mitzunehmen. Ein fröhlicherer und genußfreudigerer Reisegefährte ließe sich wohl nicht denken. Einen Augenblick war ihm dies eine Versuchung. Dann aber entschied er sich auch hier zu einem Nein.

Herr Müller mußte losgetrennt von aller Vergangenheit sein neues beginnen. Was brauchte Herr Müller einen Diener? Alles das war Ballast. Er durfte nur, nur auf sich selbst gestellt sein.

Mit Friedel sprach er davon, daß er eine kleine Reise, weiter in die Berge, vorhätte, auf der Friedel ihm nicht mehr begleiten würde.

„Zu wirst mit Herrn v. Knebel zurückreisen, mein Bub, **der bringt dich deinem Vater nach Jena heim.**"

Der Junge war ganz niedergeschmettert. Er hatte wohl nie den Gedanken gefaßt, daß dieses Leben im Hause, in dem er sich so herrlich schwamm, überhaupt einmal seinen Abschluß erreichen könnte. Und dann — zurück? Und dann — nicht mehr jeden Tag den Herzog Geheimdeinrath zu sehen?

„Ich Gott", sagte er, „dann werden Sie ganz Ihre Hand von mir abziehen, Ihre Gnade?" Und ich werd ganz allein sein?"

Auf einmal fuhren ihm Tränen aus den Augen hervor, und er mußte sich hastig fortfalten über das eigene Wehleid auf seiner Stirn bildeten.

Goethe strich ihm über den Haarschopf.

„Laß gut sein, Friedel, ich tu meine Hand nicht von dir. Du bist ein feiner Junge und kannst wohl ich jetzt mit dir beraten. Denn ein Weilchen werden wir ja wohl getrennt sein. Nachenhin schau ich ab und zu nach dir oder laß dich zu mir kommen.

Ich hab mir so gedacht, mein Friedel, wir lassen dich fürderhin erst das Gymnasio in Jena besuchen. Ich tu dich ins Haus von Herrn Professor Linke, das ist ein exquisiter Gemüth und tüchtiger Lehrer. Du bist du so recht an der Quelle des Wissens und brauchst nicht jeden Morgen vom Vater seinem Hause an Fuchstum Brunnenqualsuchen.

Du wirst mir gut lernen, mein Bub. Und wenn du regelrecht durchkommst, laß ich dich fluchen. Es wird dich vielleicht schwer ankommen, nach all der freien Herrlichkeit der Schulbank zu drücken. Aber du mußt immer denken: das lernen ist der Weg, wenn auch manchmal der harte Durchgang zur Freiheit des Wissens. Das Wissen aber schafft die erst den ganz glücklichen Zustand: den des Lernens und selbständigen Vorwärtsdringens in die noch unerschlossenen Lebensgebiete. Und das ist schon einmal ein Menschenglück. Das sind gleichsam die Entdeckungsfahrten in die verborgensten Lebensgegege hinein. Die macht man auf eigene Gefahr, und man sieht sich allein vom Kompaß mit dem Unbekannten. Erst vom Wissen aus, von der Allgemeinbildung, kann ein Mensch in das Entdecken hineingehen. Sein Wissen wird ihm dann zum bereiten Handwerkszeug, das er gebrauchen, um Selbstgefundenes bewältigen zu können."

Langsam und bedächtig sagte Friedel vor sich hin: „So dürft ich alles das noch auswendig lernen, was mir den Pflanzen gusammenhängt?"

Goethe stutzte. Dann mußte er über sich selber lächeln. Schon wieder hatte er viel zu weit gegriffen, hatte sich in die spekulativen Möglichkeiten verstiegen, die allein ihm selber lebensnotwendig schienen. Und hatte dabei ganz vergessen, daß hier einer war, der erst mit der unversinen Stufe beginnen sollte, mit der des Lernens vom Allgemeinwissen.

Aber der Junge selbst war bedenständig. Er würde nicht ausgleiten und sich überstürzen auf der schwindelnden Bahn. Freilich würde er wohl auch kaum einer werden, der in das Chaos der Ideen taumelte.

Er fühlte die Augen des Burschen fest und treuherzig auf sich gerichtet.

(Schluß folgt.)

Bücherauktion Ulrich Hoepli.

Von unserem Berichterstatter.

fr. Mailand, Anfang Juni.

Der jetzt achtjährige Ulrich Hoepli, Italiens größter Verleger, hat nach dem Kriege die seinen Antiquariat jährlich zweimal Auktionen veranstaltet, die sich rasch ihren Rang in der Welt der Bücherkenner erworben haben. Die Auktionen können sich sehr wohl neben den großen Versteigerungen in London und Paris und Berlin stellen. Leider ist ein exquisiter Katalog, den der Händler und die Liebhaber von bibelsteiß und zwiefets des großen Teichs in die Galeria San Carlo gesandt hat.

Kein schöneres Lob läßt sich heute zur Anpreisung einer Sache, in unserem Falle eines Buches Hoepli, das ein Geschenk an die Gemeinsche noch nicht vorhanden!" Und das ist bei der bisherigen, einen bestimmten Zeitabschnitt umfassenden Auktionen der Fall. Das heißt nicht, daß die vom 15. bis 19. Juni abgehalten wird, auswichtig sein jedoch erschienen, üppig ausgestattet und mit Kunst und Fleiß gemacht.

Man glaube nun nicht, daß die sommerliche Wärme ungünstig auf die Beteiligung der Bietenden wirken muß. Das hieße doch die passionierten Bücherfreund allzugering einschätzen. Seine glühende Leidenschaft wird vor der schwülen Sommerhitze der Bodenze nicht weichen. Wo soll eedo, bleibt sein Wohlfprach auch hier.

Die 325 Nummern, die der Katalog aufzählt, bestehen einmal aus einer sehr zahlreichen Fülle, wohl von Manuskripten, großenteils italienischen Ursprungs, aus dem 15. und 16. Jahrhundert, zum andern aus wertvollen und vielseitigen Werken aus der Renaissancezeit und einigen gewöhnlichen als Wappenschild gebotenen Kupferstichdrucken Erzeugnissen des französischen Rokokobuchdrucks.

Wie bei den beiden vorjährigen Auktionen handelt es sich auch diesmal noch um die wertvolle Bücherei des Florentiners de Marinis, die von Hoepli vor zwei Jahren erworben worden war. Das wertvollste Stück der diesjährigen Auktion scheinen uns Dürers „Marienleben", „Passion" und „Apokalypse" vom Jahre 1511 zu sein, die hier, was nur selten sich findet, in einem Bande vereinigt sind. Dann ist ein lombardisches Breviar aus dem 15. Jahrhundert mit seinen entzückenden Miniaturen hervorzuheben, die von Kennern dem Christoforo Preda zugeschrieben werden. Weiterhin ist ein perfektes bebilbertes Manuskript aus dem Jahre 1590: „Zuful und Dulcida" von Giami. Dante und Petrarca, Cicero und Ovid erscheinen in den schönsten Einbänden und in vornehmen und seltenen Ausgaben. Daneben finden sich religiöse, philosophische und naturwissenschaftliche Traktate, die durch ihre Illustrationen interessieren, wie z. B. ein Bonaventura von 1492 mit italienischen Holzschnitten oder eine Chiromantia aus Venedig, die im Jahrhundert der Aufklärung gewiß verachtet worden ist, aber dafür heute auf ein um so größeres Interesse rechnen darf. Hoffen wir, daß darüber nicht Ia Fontaines Fabeln in der Ausgabe von 1755 mit Kupfern nach Fragonard vernachlässigt werden.

Heute sieht noch all das Schöne und das Kranke friedlich beieinander. Bald zerstiebt alles in die ganze Welt, und die Vornehmsten unter den Inkunabeln und Manuskripten erhalten ein Freiheitsfest nach Kreuzte, um dort für die totgeglaubte europäische Kultur zu zeugen.

Einigung zwischen weltanschaulichen und katholischen Verbänden. Zu unserer Notizbeit von der Einigung zwischen den weltanschaulichen und katholischen Verbänden teilt uns der Vorsitzende des hochschulpolitischen Amtes der Deutsch. mit, daß die Verhandlungen in Würzburg und nicht in Nürnberg stattfanden. Der Wissenschaftliche katholische Studenten-Verband Unitas hat der Erklärung der beiden anderen katholischen Verbände nicht zugestimmt. Er tritt aber auch der bisher gesetzten Lage der Durchführung des Erlanger Verbänden- und Ehrenabkommens ein.

Einberufung eines Preußischen Studententages? In den Studentenschaften der preußischen Hochschulen wird zurzeit erwogen, noch vor den Ferien (Ende Juli) in Bonn stattfindenden Deutschen Studententag einen preußischen Studententag abzuhalten, auf dem die in der letzten Zeit aufgerollten Fragen (Geschäftsordnung und Fall Lessing) besprochen werden sollen.

Vorträge. Dr. Heinz Zikel, der Charlottenburger Chirurg und Frauenarzt, spricht in der Gesellschaft für freie Wissenschaft in einem Zyklus von fünf Vorträgen am 15. Juni, abends 8 Uhr (Mitte, Südstraße 2, Charlottenburg) über „Verzüngung, Impulse an die neue Wissenschaft".

In der Kant-Gesellschaft spricht am 16. Juni, abends 7½ Uhr (neue Kulgasse, Hörsaal 1), Dr. Hermann Friedmann (Heidelberg) über „Morgenländisches Denkmuster".

Kunstnachrichten. Der Kunstverein Plauen i. V. eröffnete im Ausstellungsbau der Staatlichen Kunstschule i. J. eine umfassende Ausstellung von Werken des Berliner Künstlers Prof. Emil Orlik.

Wetterbericht vom 10. Juni.

(Nachdruck verboten.)

Oeffentliche Wetterdienststelle Berlin.

Die am Mittwoch eingetretene Besserung des Wetters ist in Westdeutschland schon wieder einer schlechteren Wetter abgelöst worden und wird auch in den übrigen Landesteilen bald zu Ende gehen. Das neue, vom Atlantischen Ozean herankommende Tiefdruckgebiet erweist sich nämlich als recht kräftig, verursacht am Kanal stürmisches Wetter und beiderseits desselben starkes Reg

Deutsche Allgemeine Zeitung

Nr. 266. Beiblatt

Die Reichstagsaussprache

über Fürstenabfindung und Berliner Vertrag.

Im weiteren Verlauf der Reichstagsaussprache über die Erklärungen des Reichskanzlers über deren Beginn bereits im gestrigen Abendblatt berichteten, nahm das Wort der Abg.

Neubauer (Komm.)

Er bezeichnet die Vorlage als eine Heuchelei. Die Gegner der Fürstenenteignung seien auf einem Kreuzzug der Landesverräter und Gesinnungsfreunde Fürsten und Fürstenhäuser begriffen. Der Brief Hindenburgs sei ein reaktionärer Akt und ein Dokument der Unehrlichkeit. Wenn jetzt der Anfang an nur durch Gnade der Sozialdemokratie regiert. Die Sozialdemokratie sei daher mitschuldig an der Politik dieser Regierung. (Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Löbe ruft den Abg. Neubauer zur Ordnung, weil er dem Reichspräsidenten Unehrlichkeit vorgeworfen hat.

v. Gräfe (Völk. Ard.-Gem.):

Wir behalten uns die endgültige Stellungnahme zum Gesetz vor, wenn es aus dem Ausschuß zurückgekommen ist. Wir lehnen den Entwurf mögen seiner Tendenz in einzelner Bestimmungen ab, haben aber nichts gegen eine Ausschußberatung einzuwenden.

v. Guérard (Ztr.):

Namens des Zentrums habe ich zu erklären: Die Zentrumsfraktion vermag nicht anzuerkennen, daß die Angelegenheit des bekannten Briefes des Herrn Reichspräsidenten durch die lediglich auf die staatsrechtliche und verfassungsrechtliche Seite sich beziehende Erklärung des Reichskanzlers erschöpft ist. (Hört! Hört!)

Der Brief des Reichspräsidenten ist an sich ein politischer Akt (sehr wahr im Zentrum und links), er behandelt die aktuelle politische Frage der Gegenwart, eine Frage von solcher Tragweite, daß sie das deutsche Volk in außerordentlicher Maße aufgewühlt hat. Wir sind deshalb der Meinung, daß der Brief wegen der überparteilichen Stellung des Reichspräsidenten besser nicht geschrieben worden wäre. (Sehr richtig! im Zentrum!) Unverantwortlich, um seinen schwersten Ausdruck zu gebrauchen, ist das Vorgehen des Vorsitzenden des Reichstagsrates v. Lopebell und seiner Hintermänner. Das Wirken dieser Kreise ist geradezu hochverhevend und gefährdet die Integrität der Stellung des Reichspräsidenten, was wir im Interesse unseres Vaterlandes auf das tiefste bedauern. (Lebhafter Beifall im Zentrum, große Bewegung.)

Koch-Weser (Dem.):

verliest folgende Erklärung: Die deutsche demokratische Reichstagsfraktion vermag der Erklärung der Reichsregierung nicht beizutreten.

Sie hält an der Bismarckschen Auffassung fest, daß der Regierungschef jede Sache nicht ohne ministerielle Beschlußvorlage — um Bismarcks Wort zu gebrauchen — vor die Oeffentlichkeit treten dürfe. Die Deutsche Demokratische Partei hält dagegen dem Reichspräsidenten an der durch seine Stellung und Persönlichkeit gebotenen Aktung fest. Sie bedauert, daß er sich veranlaßt hat, ihn in den Vordergrund des politischen Kampfes zu ziehen. Sie bedauert auf der anderen Seite aber auch die Kniefallpolitik Westerlands, das sich die Erklärung des Reichskanzlers gefnüpft haben. (Beifall bei den Demokraten.)

Morath (Wirtschaftl. Vgg.):

Namens der Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung habe ich zu erklären: Die Frage der Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürstenhäusern hat nichts gemein mit einer Stellungnahme zur Sozialpolitik, sondern sie hat zum Ziele die gerechte Feststellung des staatsrechtlichen Privatvermögens der Fürstenhäuser. Das so festgestellte Privateigentum entschädigungslos enteignen zu wollen, steht im schärfsten Widerspruch zur Verfassung. Wir verwerfen daher den Volksentscheid aus Gründen der Gerechtigkeit und Moral. (Beifall rechts.)

Weitere Vorrednungen liegen nicht vor.

Die Vorlage der Regierung wird an den Rechtsausschuß überwiesen. Die Interpellation der Kommunisten wird für erledigt erklärt. Die Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag wird auf Freitag vertagt.

Es folgt die erste Beratung des deutsch-russischen Vertrages (Berliner Vertrag).

Reichskanzler Dr. Marx:

Der Ihnen vorliegende Vertrag mit der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, der als „Berliner Vertrag" bezeichnet zu werden pflegt, bedarf nach der Verfassung zu sich nicht der Zustimmung gesetzgebender Körperschaften. Angesichts seiner besonderen politischen Bedeutung hat sich die Reichsregierung aber entschlossen, diese Zustimmung trotzdem einzuholen, bevor der Austausch der Ratifikationsurkunden stattfindet.

Ich glaube, daß in den vergangenen Jahren kaum jemals eine allgemeine außenpolitische Aussprache im Reichstag stattgefunden hat, bei der sich von der jeweiligen Regierung und den Parteien übereinstimmend die notwendigkeit guter und freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland betont worden wäre. Nachdem die traditionelle jahrhundertelange Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland durch den Weltkrieg zum Unglück beider Länder gebrochen war, zeigte sich schon im Vertrage von Rapallo vom Frühjahr 1922 das lebhafteste Bedürfnis, die alte Grundlage guter Beziehungen wiederherzustellen. Es ist bezeichnet, daß der Vertrag so alt aus einer Art Schicksalsgemeinschaft geboren erschien. Es war aber gleichwohl kein Bündnis und kein Abkommen mit aggressiven Zielen. Sein Zweck lag allein darin, die Gegenlage des Weltkrieges durch Verständigung für immer zu beseitigen und damit die Grundlage für ein freundschaftliches und vertrauensvolles Nebeneinanderleben der beiden Völker zu schaffen.

Seitdem ist die Entwicklung der internationalen Politik fortgeschritten. Die deutsche Politik hat die Linie verfolgt und mußte die Linie verfolgen, auch mit den Mächten des Versailler Vertrages zu einem Nebeneinanderleben, zu einer Verständigung zu gelangen. So hat uns unser Weg vom Ruhreinbruch und der Sanktionspolitik zu den Londoner Dawes-Konferenz und von dort nach Locarno und Genf geführt. Auch Rußland hat seine außenpolitische Stellung seit dem Jahre 1922 festigen können. Aber diese Entwicklung hat nicht an den Zustanden geändert, die den innersten Grund für den Rapallo-Vertrag bildeten. Auch jetzt ist im deutschen wie im russischen Volke die Erkenntnis lebendig, daß sie in mannigfacher Hinsicht aufeinanderangewiesen sind, und daß sie durch keinerlei vitale Interessengegensätze voneinander getrennt werden.

Auf dieser Erkenntnis beruht auch der Ihnen vorliegende Berliner Vertrag. Es ist die von mir angedeutete allgemeinpolitische Entwicklung gewesen, die die beiden Regierungen dazu geführt hat, den Vertrag von Rapallo durch neue zeitgemäße Abmachungen zu ersetzen. Es ist bekannt genug, und ich kann es deshalb auch hier offen aussprechen, daß man in Rußland die letzte Ursache dieses Vertrages zunächst mit Mißtrauen angesehen hat. Die Verträge von Locarno und der angekündigte Eintritt Deutschlands in den Völkerbund haben zweifellos außerordentlich viel dazu beigetragen, eine radikale Schwenkung unserer Politik, als eine ausschließliche Orientierung nach dem Westen unterstellt worden, zu bekämpfen. Dieses Mißtrauen ist nicht ganz ohne Grund, aber es war eine Tatsache, mit der wir zu rechnen hatten.

Wir haben deshalb auch deutscherseits anerkannt, daß es notwendig war, das deutsch-russische Verhältnis, das in vertraglicher Hinsicht bisher allein durch die Vereinbarungen von Rapallo bestimmt wurde, der neuen durch die Locarno-Verträge geschaffenen politischen Situation anzupassen. Dieser Ausgleichung ist der eigentliche politische Sinn des Berliner Vertrages.

Ich brauche nicht zu verhehlen, daß die Ausgleichung nicht ohne Schwierigkeiten war. Die Unterhaltungen mit der Sowjet-Regierung darüber, die einsetzten, sobald die Sicherheitsverhandlungen mit den Westen in Gang kamen, haben geraume Zeit in Anspruch genommen. Sie haben aber schließlich zu einer beide Teile befriedigenden Verständigung geführt, von der mit Zuversicht erwartet werden darf, daß sie eine gedeihliche Ausgestaltung der beutschrussischen Beziehungen gewährleisten.

Der gefundene Ausgleich liegt sachlich, kurz zusammengefaßt, darin, daß die beiden Länder sich die unveränderte freundschaftliche Fühlung in den gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten versprochen, und daß sie sich daneben zu Neutralität für den Fall verpflichten, daß einer von ihnen von einem friedlichen Vertragspartner angegriffen oder daß er Gegenstand einer aggressiven Wirtschaftspolitik dritter Mächte wird. Die Grundbedanken dieser Regierung sind so einfach und klar, daß der Wortlaut der Bestimmungen keiner Erläuterung bedarf. Im Grunde wird dadurch politisch keine neue Lage geschaffen, sondern die gegebene klar verklärt. Es ist nur der vertragliche Ausdruck des Standpunktes, den die deutsche Regierung stets eingenommen hat, sowohl bei den Sicherheitsverhandlungen. Mehr als einmal ist von der Regierung, auch von dieser Stelle aus betont worden, daß die Locarno-und Völkerbundspolitik keine Spitze gegen Rußland hat, und daß es für Deutschland stets ein Ding der Unmöglichkeit sein wird, etwa irgendwelche aggressiven Tendenzen gegen Rußland zu unterstützen. Auch die Mächte, mit denen wir in Locarno verhandelten, haben derartige Bestrebungen nicht von sich erwiesen. Sie haben niemals erwartet oder verlangt, mit Deutschland eine gemeinsame Front gegen Rußland herzustellen. Unter diesen Umständen lag nicht die geringste Veranlassung dafür vor, daß der Abschluß des Vertrages, wie es zuerst der Fall war, in der Oeffentlichkeit des Auslandes Mißtrauen erregte und zu den verschiedensten Spekulationen führte.

Man hat dabei sogar die Frage gestellt, ob die Deutsche Reichsregierung sich etwa entschlossen habe, das Werk von Locarno aufzugeben, und man hat diese Frage in Verbindung gebracht mit der Tatsache, daß der Marsagang des Völkerbundes genommen. Eine kinnlosere Frage läßt sich kaum denken. Ich glaube auch sagen zu können, daß sie heute von keiner Seite mehr ernstlich aufgeworfen wird. Wielleicht wäre es logischer gewesen, den Berliner Vertrag erst nach Vollziehung des deutschen Eintritts in den Völkerbund zu schließen. Aber es ist nicht unsere Schuld, daß das nicht geschehen kann. Der Mißerfolg der Märztagung fällt nicht Deutschland zur Last, und wir haben durch unsere Teilnahme an der Genfer Studienkommission gezeigt, daß wir gewillt sind, an der Beseitigung der in dem Märzentstandenen Krisis, die nicht eine Krisis im Verhältnis Deutschlands zum Völkerbund, sondern eine Krisis innerhalb des Völkerbundes selbst ist, mit allen Kräften mitzuwirken.

Für seinen einsichtigen und vorurteilsfreien Beschluß spricht es aber, daß dieses äußeren Beweises dafür bedurft, daß der Berliner Vertrag keinen Verzicht auf die Fortführung der Locarno- und Völkerbundspolitik bedeutet. Jeder muß erkennen, daß der Vertrag und der ihm angeschlossene Notenwechsel keinen Verzicht auf die Locarno- und Völkerbund, sondern eine Ergänzung dazu bilden. Auch diejenigen fremden Regierungen, die gewissermaßen mit einem gewissen Besorgnisse anzusehen schien, habe sich davon überzeugt, daß die deutsche Politik keineswegs ihre Spitze in sich schließt, und daß es selbstverständlich nicht die Absicht der deutschen Regierung war, sich durch die neuen Abmachungen den Verpflichtungen zu entziehen, die sich für Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerbund aus den Locarno-Verträgen oder der Völkerbundssatzung ergeben.

Die deutsche Politik ist eine Politik des Friedens. Aber eine Friedenspolitik kann nicht einseitig sein und unser Ziel kann deshalb nur darin bestehen, das System friedlicher Abmachungen auf alle Länder zu erstrecken. Das entspricht den Lebensinteressen Deutschlands, die sie aus allein wahrgenommen können. Ich glaube, daß gerade das Nebeneinanderbestehen von Locarno-Verträgen und Berliner Vertrag für Europa eine wichtige Sicherung der friedlichen Entwicklung in sich schließt. Es ist keine Ueberschätzung unserer politischen Rolle, es ist einfach eine Folge unserer zentralen Lage, wenn wir verhindern, die Brücke zwischen Ost und West zu bilden. Wir müssen erwarten, daß diese unsere Politik bei allen denen, die das gleiche friedliche Ziel verfolgen, nicht nur Verständnis, sondern auch Unterstützung finden. (Beifall.)

Dr. Dernburg (Dem.)

gibt namens der Regierungsparteien eine kurze Erklärung ab, wonach diese den Vertrag zustimmen. Der Vertrag diene einzig und allein dem Ziele, zwischen dem deutschen und russischen Volke Spannungen zu verhüten und zwischen beiden Völkern ein friedliches Verhältnis auf allen Gebieten der Politik und Wirtschaft zu erhalten. Ueber das deutsch-russische Verhältnis hinaus werde erwartet, daß der Vertrag das Bestreben fördere, auch mit anderen Ländern internationale Abmachungen zu treffen, um den Frieden in der Welt zu gewährleisten. Zum Schluß wird die Hoffnung ausgesprochen, daß der im deutsch-russischen Vertrag zum Ausdruck kommende friedliche Wille des deutschen Volkes auch von der öffentlichen Meinung der übrigen Welt anerkannt werde.

Dr. Breitscheid (Soz.)

stimmt dem Vertrage gleichfalls zu. Zu eingehender Besprechung sei um so weniger Anlaß, als der Vertrag im ganzen deutschen Volke auf feinerlei Widerstand gestoßen sei. Auch im Auslande habe man den zunächst laut gewordenen Widerspruch aufgegeben. Das Abkommen sei Instrument des Friedens, eine Ergänzung des Locarno-Paktes und stehe in keiner Weise in Widerspruch mit den Satzungen des Völkerbundes. Der Redner spricht den dringenden Wunsch aus, daß nunmehr auch gewisse Unstimmigkeiten zwischen Deutschland und Rußland beseitigt werden. Er denke vor allen Dingen an den Fall der immer noch in Moskau zurückgehaltenen deutschen Studenten.

Dr. Hoetzsch (Dnat.)

äußert sich ebenfalls in zustimmendem Sinne zu dem Vertrag, der sich in der Linie bewege, die von seiner Partei immer gefordert worden sei. Der Reichskanzler habe zugegeben, daß mit den Locarno-Verhandlungen eine Spannung in unser Verhältnis zu Rußland eingetreten ist; Gegenüber der Bindung nach West ist wieder eine gewisse Gleichgewicht nach Osten gefunden worden. Durch den Notenwechsel zwischen dem Reichsaußenminister und dem sowjetrussischen Außenminister ist die Stellung Deutschlands zum Artikel 16 der Völkerbundssatzung anerkannt worden. Nicht wäre es allerdings, daß diese Auffassung auch von der anderen Seite bestätigt würde. Bis heute ist das nicht geschehen. Aber es ist wenigstens der deutsche Standpunkt von Rußland anerkannt, ohne daß von irgendeiner anderen Seite Einspruch erhoben worden wäre. Es ist von unserer Seite kein Fehler, wenn der deutsch-russische Vertrag unabhängig von Locarno und vom Völkerbund gedacht wird. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben die Zuversicht der deutschen Politik darin bestätigt und stellen mit Freude fest, daß Deutschland, wenn es eine aktive Politik macht, sich durchsetzt. (Sehr richtig! rechts.) Ich hoffe, daß sich nun auch die Beziehungen zu Polen bessern werden. Unsere Zustimmung zu dem Vertrage faßt in die Hoffnung zusammen, daß die Mißverhältnisse mit Rußland beseitigt sein mögen, und daß die Weiterführung dieser Linie zu einer intensiven wirtschaftlichen Zusammenarbeit führen möge. (Beifall rechts.)

Graf zu Reventlow (Völk. Ard. Gem.):

Auch wir wünschen, daß unsere Beziehungen zu Rußland und dem ganzen Osten wiederhergestellt werden. Unsere Interessen liegen nach Osten hin. Den jetzigen Vertrag verurteilen wir ohne Rückhalt. Unüberbrückbare Gegensätze bestehen aber zwischen uns und der Politik des Außenministers, wie sie nach der Richtung einer Abhängigkeit Deutschlands geht.

Schneller (Komm.):

Der Vertrag bedeutet, für den die Sozialdemokraten schwärmen, dient lediglich imperialistischen Zwecken kapitalistischer Regierungen. Wir haben es kategorisch abgelehnt, in den Locarno-Verträgen ein Instrument zur Befriedung Europas zu erblicken. Die Entwicklung hat uns Recht gegeben. Die deutsche Bourgeoisie ist kein christlicher Friedenspartner Rußlands gegenüber.

*

Damit schließt die erste Lesung. Die Vorlage wird in zweiter Lesung angenommen, und zwar gleich die dritte Lesung folgt.

In der Generaldebatte zur dritten Lesung erklärte Dr. Korth (unter Komm.), daß die von ihm vertretene Gruppe den Vertrag ablehne.

Der Vertrag wird hierauf auch in dritter Lesung und in der Schlußabstimmung angenommen.

Das Haus setzt dann die Einzelberatung des Reichsknappschaftsgesetzes fort.

Ein Antrag Dr. Moldenhauer, der die gesetzliche Zusammensetzung der knappschaftlichen Verwaltungsorganisation wünschte, wurde mit 245 gegen 123 Stimmen abgelehnt. Es bleibt bei dem Verhältnis 2:3 (2/3 Arbeitgebervertreter, 1/3 Vertreter der Versicherten).

Damit war die zweite Beratung des Reichsknappschaftsgesetzes erledigt. Das Haus vertagte sich auf Freitag 2 Uhr. (Luftfahrtabkommen mit Frankreich, kommunistischer Mißtrauensantrag gegen die Regierung wegen der Haltung zum Hindenburg Brief, kleine Vorlagen.)

*

Produktions-Kredite für die Landwirtschaft.

Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft behandelte den Gesetzentwurf über die Gewährung von Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Nach Ausführungen der Reichssiegerung betragen die Erlöse der Reichsgetreidestelle bisher rund 95 Millionen Mark, die noch vorhandenen Bestände haben einen Verkaufswert von etwa 5 Millionen Mark. Entsprechend dem Gesetzentwurf zur Sicherung der Getreidebewegung im Wirtschaftsjahr 1925/26 soll der Reichsgetreidestelle erneut die Ermächtigung erteilt werden, Brotgetreide in gewissem Umfange zu erwerben. Die hierzu erforderlichen Mittel werden etwa 35 Millionen Mark ausmachen. 5 Millionen sind für Zwecke der Kinderspeisung vorgesehen, 60 Millionen Mark werden zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung verwendet. Nach § 1 des Gesetzentwurfes wird der letzte Betrag vorübergehend für mäßig verzinsliche Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion Verwendung finden. Nach § 2 sollen 25 Millionen Mark für 15 Jahre zur Bodenverbesserung, 15 Millionen Mark für den gleichen Zeitraum für Siedlung, 5 Millionen Mark für 5 Jahre für sonstige Produktionszwecke, insbesondere für Obst, Genüse und Gartenbau, Verwendung finden. Der Reichsrat soll zur Gewährung von Darlehen für Personen und Firmen, die Verbraucher und Verbraucherverbände, Kamm und Brut . . . . . Pfund **60** Pf.

Ia Ochsenfleisch (ohne Kamm und Brust) . . . . . Pfund **60** Pf.

Reh-Ragout . . Pfund **35** Pf.
Reh-Blätter . . . Pfund **120**
Wildschwein Pfund **75** Pf. an

Fische

Schellfische Pfd. **15** Pf.
Steinbutten . . . . . Pfund **22** Pf. **40** Pf.
Kabeljau ohne Kopf **Makrelen** Pfd. **25** Pf.
Frische Hechte . . . Pfund **40** Pf. **55** Pf.
Frische Zander . . . . . Pfund **70** Pf.
Lebende Aale . . . . . Pfund **100** an
Lebende Schleie . . . . . Pfund **110** **140**

Räucherwaren

Neue Matjes-Heringe Stück **10** Pf. an
Flundern . . . . . Pfund **0.26**
Schellfische . . . . . Pfund **0.36**
Seelachs in Stücken, Pfund **0.38**
Aale geräuchert, Pfund **2.70, 2.35**
Schiebücklinge . Pfund **0.65**
Sprotten echte . . . Pfund **0.55**
Lachs in Stücken Pfund **1.15** an
Bückfleisch Pfund **0.80**

Geflügel

Junge Gänse Pfund **1.15 1.50**
Suppenhühne . . . Pfund **1.20** an
Brathühner junge Stück **1.40 1.60**
Junge Enten Pfund **1.65 1.85**

Konfitüren

Schokolade 100-Gramm-Tafel **0.30**
Speise und Vanille **0.30**
Sandgebäck . . . . Pfund **1.00**
Teegebäck . . . . . Pfund **1.40**

Käse u. Butter

Camembert vollf., Schachtel **0.25**
Romatour . . . . . Stück **0.20**
Kümmelkäse schles., Pfd. **0.35**
Tilsiter Pfd. **0.55 0.85 1.20**
Allgäuer Stangen Pfund **0.70**
Holländer, Edamer Pfd. **0.88**
Kartoffelmehl Pfd. **19** Pf.
Chesterkäse ohne Rinde Pfund **1.60**
Schweizer Pfd. **1.00** Pfd. **1.65**
Molkerei-Butter Pfd. **0.77 0.82**
Tafelbutter . . . . Pfund **1.78**
Margarine . . . . . Pfund **0.56**
Weizen-Hartgries Pfd. **30** Pf.
Valencia-Reis Pfd. **32** Pf.

Musik und Musiker.

Chronik der Konzerte.

Es wird wirklich und wahrhaftig in Berlin immer noch öffentlich Musik gemacht, jetzt im Monat Juni! Und, was das Merkwürdigste daran ist: es finden sich auch noch Leute, die Konzerte besuchen. Das wir in den langen Monaten bis Oktober nur sehr selten zu hören bekamen, nämlich einen bis zum letzten Platz gefüllten Saal, das erlebten wir von neuem Donnerstag der Singakademie, wo Elly Ney und Orchester mit dem Berliner Symphonie-Orchester einen Abend gab.

Vorvorvorjahr, sowohl bei uns wie auch in der sibirischen Welt als Opern- und Konzertdirigent bekannt, brachte in seinem Programm eine Neuheit mit, die hoffentlich zu gelegener Zeit noch einmal in Berlin erscheinen wird, nämlich das „Konzert für Klavier und Kammerorchester" von Hermann Reutter, das bekanntlich von Hans Pfitzner dem Tonkünstler-Fest in Chemnitz zur Diskussion gestellt wurde. Ich habe damals in meinen Berichten von dem Fest meine Meinung über das Werk ausführlich gesagt und kann auch nach abermaligem Hören bestätigen, daß es sich hier um eine wertvolle, wenn auch in sich noch nicht ausgeglichene Arbeit handelt, die vor allem in den, sehr inspirierten zweiten Satz für die starke schöpferische Begabung des Komponisten zeugt. Hermann Reutter spielt auch bekanntlich den Klavierpart selbst, während Debrowen mit dem Orchester ausgezeichnet begleitete. Zu Beginn des Abends dirigierte er Arbeiten in reiner Weise, vor allem die Sinfonische „Poème d'extase". Ganz vortrefflich unterstützte er Georg Kulenkampff beim Vortrag des Violinkonzerts von Tschaikowskij, dessen gewaltige technische Schwierigkeiten von dem jungen, hochbegabten Künstler sehr gesteigert, wenn auch nicht mit letzter Ueberlegenheit, bewältigt wurde.

In einem Vortragsabend der Hochschule für Musik stellten sich einige Schüler der Kompositionsklasse von Franz Schreker mit eigenen Werken vor. Als genereinamen Werkmal aller Arbeiten zeigte sich eine fast durchweg sehr sichere Beherrschung des Formalen sowie eine Freiheit des Melodischen, des Schreiben einzelnen pädagogischen Einfluß bei der ungehemmten Entwicklung der Persönlichkeit des Schülers aufs neue dokumentierte. Als reifstes und reifstes Werk dieses Abends erwies sich das Streichquartett op. 8 von Berthold Goldschmidt, das mit aus das beste aller mit bisher bekannt gewordenen Stücke des jungen Komponisten erscheint. Sehr abgerundet in der Form, hat es einen melodisch starken ersten Satz, im Scherzo voll Leuna und harmonischer Freiheit und ein von Geist und Gefühl erfülltes Adagio. Es wurde vom Demian-Quartett sehr schön gespielt. Eine Bedeutung von großem Umfang besitzt offenbar Ignaz Strasfogel, der hier zum ersten Male in der Oeffentlichkeit erschien. Seine große Sonate für Violine und Klavier, das umfangreichste Werk, zumal wenn man bedenkt, daß der Komponist kaum sechzehn Jahre zählt. Durchaus gekonnt und beherrscht im Technischen, bringt es eine Fülle eigenartiger und reizvoller Einfälle, die eine nicht geringe schöpferische Kraft bekunden. Strasfogel, der auch ein ausgezeichneter Klavierspieler ist, trug seine Werke selbst vor und hatte einen großen Erfolg. Nächst ihm wäre noch Greete v. Fleriy zu nennen, die mit einem C-Moll-Präludium und Fuge zumindest ein starkes formales Talent erkennen ließ.

Von früheren Konzerten erwähne ich noch einen sehr anregenden Abend des aus Louisiana stammenden Edna Thomas, deren charmante Vortragskunst sich in einer Reihe von Negerliedern (Negro spirituals) zeigte. Diese in ihrer geistigen und musikalischen Haltung sehr primitiven, in zauberisch kindlichen Liedern bestehen doch einen merkwürdigen Reiz, der vor allem auf der unbedingten Echtheit und Naivität der Ausdrucksmittel beruht. Natürlich findet der Fachmusiker viel Interessantes in der Melodik dieser Gesänge, die bekanntlich in einigen Werken von Anton Dvorak für die europäische Kunstmusik fruchtbar gemacht worden ist; man hatte hier aber Gelegenheit, die Originaltexten zu hören. Schade nur daß Edna Thomas ihre geistvollen deutschen Erklärungen zu den einzelnen Liedern in englischer Sprache abgab. Glaubt sie vielleicht, daß das deutsche Publikum an diesem Abend viel von dem verstanden hat, was sie sagte?

Am Ende der Saison kam Bronislaw Huberman noch einmal zu uns. Seine klassisches Gegenspiel von seiner Vollendung braucht füglich nicht mehr gelobt zu werden. In der C-Dur-Phantasie von Schubert und der D-Moll-Sonate von Brahms — die Siegfried Schultze wunderbell begleitete — bestätigte sich das große Musikertum Hubermans genau so wie in einer eminente Virtuosität in der Carmen-Phantasie von Sarasate. Wann aber werden die Geiger endlich aufhören, Glasiunofs stumpfsinniges und lederes A-Moll-Konzert zu spielen?

Schrenk.

*

Die letzten Zuckungen der verschiedenen Musikfasen bilden die Spätlerkonzerte, die jetzt allwöchentlich stattfinden. Der zweite Abend des Konservatoriums Klindworth-Scharwenka war den Werken klassischer Musik (Bach, Händel, Haydn, Mozart, Beethoven) gewidmet. Von den Gesamtzahl Sängern sei Hans Kreutler (Klasse Max Wiedemann) erwähnt, der seine schöne Stimme nur noch mehr auf Kantilene schulen sollte, und die erhöhlich gesforderte Sopranistin Grete Zo a (Klasse Maria von Niedecken-Gebhard). Rudolf Müller aus der Klavierklasse Anforge bewies durch den Vortrag der Sonate op. 109 von Beethoven eine bemerkenswerte Vorgeistigkeit.

Von den Damen, die in dem Konzert der Gesangschule Robert Kort auftraten, habe ich die im ersten Teil aufgetretenen gehört. Auffallend war die natürliche und unverkünstelte Art des Vortrages, die wohl kaum überall Nativnalage sein dürfte, und z. B. bei Edith Spoerer und Johanna Gerhard sehr der Begeisterung zuteil kam. Eine bei allen unterschiedlich zu beobachtende, nicht ganz lockere und freie Funktion der Höhe bedarf allerdings sorgfamer Beobachtung.

Gute Leistungen zeigte auch die Gesangschule Dora Bernstein-Börner. Jedenfalls berühren die Vorträge der Bach Matthäi und Marcus — um nur diese herauszugreifen — durchaus angenehm und liegen ein Talent erkennen, zu besser weiterer Förderung noch nach dem augenblicklichen Befund hoch rate darf.

Schliepe.

Deutsche Musik auf dem Internationalen Musikfest in Zürich. Das Programm des vom 18. bis 23. Juni in der Zürcher Tonhalle stattfindenden Internationalen Musikfestes nennt außer dem bisher tätigen Dirigenten Wolfmar Andreae die folgenden reichsdeutschen Schweizer und internationalen Tonkünstler: den Schweizer Arthur Honegger mit einem Chorwerk „König David", bei dessen Aufführung Dr. W. Stegmann (Dresden) als Rezitator beteiligt ist, Walter Geiser (Basel) mit einem Streichtrio op. 8, Arnold Schönberg mit dem Quintett für Blasinstrumente op. 26, das Anton Webern (Wien) dirigiert, Paul Hindemith, Klavier und Orchester op. 38 unter Leitung Fritz Buschs, Anton Webern, 5 Stücke für Orchester op. 10 unter Leitung des Komponisten, Kurt Weill (Berlin), Konzert für Violine und Blasorchester op. 12, gespielt von Alma Moodie (Berlin), dirigiert von Fritz Busch, Ernst Krenek, Klavierkonzert op. 37 in einer Walter Gieseking (Hannover) und Orchester von Alfredo Casella den Klavierpart. Am 19. findet vor dem Hause Schauspielhaus op. 6 eine Bach-Orgel-Interpretation mit Entpullung der von Herman Haller geschaffenen Gedenktafel und Porträtplakette statt.

Konzerte. Das Konservatorium Klindworth-Scharwenka veranstaltet im Beethoven-Saal fünf Abendaufführungen der Ausbildungsklassen, von denen die erste am 15. Juni, abends 7½ Uhr, mit einem Programm romantischer und neuromantischer Werke stattfindet.

Spontini und Mozart.

Als Spontini Generalmusikdirektor an der Berliner Oper war, wurde ihm zu seinem Musikfest als Gastdirigent geladen. Der berühmte Komponist pflegte bei solchen Anlässen im Schmuck all der seit jahrzehnten Orden zu erscheinen, die ihm im Laufe der Zeit verliehen worden waren; so auch dort. Als er, hoch und gebieterisch wie ein Herrscher, vor das Orchester trat, hielt er ein Musiker seinem Nachbarn zu: „Sieh nur, wieviel Orden er anhat!" „Ja", erwiderte der andere, „und Mozart hatte überhaupt keinen."

Spontini hatte das gehört; er wandte sich nach der Seite und sprach ebenso leise: „Sie haben recht — aber Mozart hat ja auch nie Opern geschrieben!" Und so fing das Stück, das die Don Juan-Ouvertüre zu dirigieren, . . .

Rundfunk.

Berlin. (Welle 504 u. 571.) 4.10 Uhr: Jeder Minuten für Mr. Frau. Dorothee Goedecke: „Unsere Frosch". 4.30 Uhr: Richard Barth: „Die Stadt auf den Nebbel". 5 Uhr: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. 6—8.30 Uhr: Zeitmarkt der Kapelle Merck Meyer, Uebertragung aus dem Hotel Adlon. 6.50 Uhr: Prof. Dr. Adolf Morsch: „Einführung in die afrikanische Gedanke, Zur Kultur des Kulturmen". 7.30 Uhr: Prof. Dr. Albert Brackmann: „Grundzüge der europäischen Geschichte. Europa als führendes Gebiet". 8 Uhr: „Die beiden Nachtigallen", Operette in drei Zeiten von Willy Breschneider.

Königswusterhausen. (Welle 1000.) 1.10—1.40 Uhr: Kurt Graef: „Die Kunst des Sprechens für Schüler". 5—5.30 Uhr: Spontini für Anfänger. 5.30—6 Uhr: Werner Kortsch (Berlin): „Die industrielle Güterversorgung". 6—6.30 Uhr: Dr. Karlbe u. Heyworth: „Die hygienischen Aufgaben der Zentralen". 6.30 bis 7 Uhr: Mitteilungen des Zentragsinstituts. 7—8.30 Uhr: Dr. Max Wundel: „Konzerten". 7.30—8.30 Uhr: Portbildungskursus für die Jugend: „Tonwen des Nomen der Dozenten werden in den deutschen Rechtschriften bekanntgegeben. 8.30—11.30 Uhr: 1. Symphoniekonzert des Leipziger Gewandhaus-Orchesters. 2. Leipziger Musik. Uebertragung aus Leipzig.

Die Funk Stunde
ZEITSCHRIFT DER BERLINER RUNDFUNK SENDESTELLE
HEUTE NEUES HEFT

25 Jahre Versicherten-Schutz.

Am 11. Juni feiert der Deutsche Versicherungsschutz-Verband den Abschluß des ersten Vierteljahrhunderts seines Bestehens. Er wurde am 11. Juni 1901 zunächst nur für das Gebiet der Feuerversicherung gegründet, dehnte aber später seine Tätigkeit auf alle Versicherungszweige aus.

Die Gründung des Verbandes erfolgte zu einer Zeit, als ein Versicherungsvertragsgesetz noch nicht vorhanden war. Gleich diesem Gesetz hat der Verband sich die Aufgabe gestellt, der Verbreitung im deutschen Versicherungsgewerbe entgegenzutreten. Zu Ende des 19. Jahrhunderts waren die deutschen Feuerversicherer dazu übergegangen, Kartelle zu bilden, die unter Ausschluß des Wettbewerbs die Prämien und Bedingungen für die zu übernehmenden Feuerversicherungen regelten. Zum Jahre 1899 fing man einen Schritt weiter, indem man beschloß, für bisherigen industriellen Betriebe, die sich für die Versicherer als verlustbringend erwiesen hatten, Minimalprämientarife aufzustellen. Um diesen Beschluß wirksam durchzuführen, wurde am 15. November 1900 der Vereinigung aller in Deutschland arbeitenden Privatfeuerversicherungsgesellschaften zu Leben gerufen.

Die zu beschränkende Erhöhung der Prämien und den hat dann bewährten Zusammenstellen den Gedanken ein, sich zu einer Kampfeorganisation zusammenzuschließen, deren Zweck in erster Linie der Abwehr der Wagnahmen der einen Monopolstellung behandelnden Feuerversicherungsunternehmungen dient. So entstand der Deutsche Feuerversicherungsschutz-Verband. Dieser ging aber sofort über sein ursprüngliches Betätigungsfeld, den Kampf um die Prämienhöhe, hinaus und hat den Mitgliedern von vornherein etwas Besonderes, nämlich die Beratung in allen Fragen der Feuerversicherung. Dazu trat die Unterstützung im Schadensfalle, eine von den Verbandsmitgliedern all besonders wertvoll und notwendig erkannte Betätigung.

Begreiflicherweise nahmen die Feuerversicherer gegen den Verband zunächst eine feindliche Haltung ein. Die sahen sich in ihrer Alleinherrschaft auf ihrem Geschäftsgebiete bedroht und sahen erst allmählich ein, daß das Bestreben des Verbandes, durch präzise Fassung der Versicherungsbedingungen für den Schadensfall klare Verhältnisse zu schaffen, auch ihnen zugutekommt. Im Laufe der Zeit gestaltete sich das Verhältnis zwischen Verband und Versicherern weitaus freundlicher, so daß jetzt ein fast reibungsloses Zusammenarbeiten gewährleistet ist. Bei der Entziehung des Versicherungsvertragsgesetzes hat der Verband wirksame und wertvolle Mitarbeit geleistet. Gegenwärtig gehören dem Verbande fast sechstausend Mitglieder, darunter mehr als dreihundert Körperschaften, mit einer halben Million Interessenten an. Er hat an zahlreichen Orten Geschäftsstellen errichtet und mit verschiedenen rechtlich erfahrenen Persönlichkeiten besetzt.

Anläßlich seines Jubiläums hat der Verband eine sehr interessante Denkschrift herausgegeben. Unter den Vorjahrs- und Ausschußmitgliedern finden mit gediegene in der Oeffentlichkeit stehende und als Führer der Industrie bekannte Persönlichkeiten. Dem jetzigen Ausschuß gehören u. a. an: Geheimrat Dr. E. v. Borsig, Geheimrat Prof. Dr. C. Duisberg, Kommerzienrat Dr. Carl Flohr, Landtagsabgeordneter Carl Ladendorff, Geheimrat Dr. h. c. Otto Schreck. Erster Vorsitzender war von Mai 1901—1906 Ge

Volkswirtschaftlicher Teil.

Zur Lage am Weltgetreidemarkt.

Von unserem ständigen Marktberichterstatter.

Die Weizenverschiffungen der Ausfuhrländer sind weiterhin angewachsen gross. Sie betrugen zuletzt 2 068 000 qurs. (50 000 tons!) gegen 1 770 000 in der Vorwoche und 1 375 000 im Vorjahre. Die schwimmende Weizenflotte ist auf 5,9 Mill. qurs. angewachsen gegen 5 in der Vorwoche und 6,9 im Vorjahre. Da die Leistungen der Ausfuhrländer um die gegenwärtige Zeit 1925 verhältnismässig klein waren, während in diesem Jahre die entgegengesetzte Erscheinung zu beobachten ist, erscheint es mehr als wahrscheinlich, dass die auf der Fahrt nach Europa befindlichen Mengen in Bälde die Parallelzahlen des Vorjahres überragen werden, während sie vor wenigen Wochen noch um die Hälfte kleiner waren.

Trotzdem charakterisierte sich die Haltung am Weltmarkt als fester. Die Nachrichten aus den Südweststaaten der Union lauteten weniger optimistisch, und man erwartet jetzt, dass der amtliche Erntebericht „bauernfreundl" sein wird. Die Preissteigerungen waren am stärksten für die Julsicht und für sofort greifbare Ware aller Erste, die naturgemäss angesichts der Kleinheit der letzten Weizenernte in manchen Sorten drüben knapp zu werden beginnt. So wurde dieser Tage in New York der Preis für alten Hardwinter von einem Tage zum andern um 7 cts (19 M. je Tonne) heraufgesetzt. Er ist damit teurer als der weit höherwertige St. Manitoba, der sich in den gleichen Zeit nur wenig verändert hat. Unter allen Umständen hat man damit zu rechnen, dass die Bestände an Weizen in den Vereinigten Staaten beim Uebergang in die neue Kampagne bedeutend kleiner sein werden als in normalen Jahren. Somit werden auch die ersten Zufuhren aus der neuen Ernte, im Hinblick auf den erheblichen Unterpreis gegen alte Ware, von der amerikanischen Müllerei selbst bereitwilligst übernommen werden. Schon heute wird für diese Positionen ein erhebliches Aufgeld gegen Augustverladung in Amerika bezahlt. Von der festeren Preiswelle für Weizen wurden auch die übrigen Getreidearten erfasst, insbesondere Roggen und Mais, deren Wertstand für spätere Sichten — in Chicago wird bereits der Dezembertermin gehandelt und notiert — mehr als 5 cts bzw. 6 cts ausmachen.

Wiederholt wurde drüben die Festigkeit mit ungünstigen Ernteberichten aus Deutschland motiviert, während in Wahrheit diesseits infolge des fruchtbaren Wetters überwiegend vorteilhafte Berichte aus dem Inlande vorliegen. Man kann von hier aus natürlich nicht beurteilen, von welcher Seite die ungünstigen Kabelmeldungen über die Lage in Deutschland ausgegangen sind, gewinnt aber aus dieser Divergenz einen gewissen Massstab für den Wert solcher Erntemeldungen überhaupt. . . ./

Die Geschäftsverhältnisse im deutschen Getreidehandel werden augenblicklich von dem Zollproblem beherrscht. Auf der einen Seite begründet die Wahrscheinlichkeit einer Zollerhöhung zum 1. August d. J. die Einfuhr fremden Getreides auf nahe Lieferung, andererseits lähmt sie die sonst gewohnte Inanspruchnahme der Spätsicht Verladung, da ja jede Kalkulation durch unvermutete Zwischenfälle über den Haufen geworfen werden kann. **Nu.**

In England ist das Wetter zu nass, so dass die Saaten sich recht langsam entwickeln und der Stand nicht überall zufriedenstellend ist. Der Kohlenstreik hat sich in Gestalt von Brennstoffknappheit bei einigen grossen Mühlenetablissements bereits störend ausgewirkt und zwar erfolgte der Beschluss mit 35 428 Stimmen gegen 26 Stimmen, wovon die Mansfeld A.-G. über 30 139 Stimmen verfügte. Die Hallesche Pfännerschaft soll künftig firmieren Hallesche Pfännerschaft, Aktiengesellschaft Mansfeld A.-G. Die Opposition war der Ansicht, dass die Verschmelzung für die Pfännerschaft keine Notwendigkeit sei. Ueberdies setzt die Mansfeld A.-G. zu sehr den Schwankungen des Kupferpreises ausgesetzt. Konsul Dr. Schön erklärte, die Fusion liege doch im Interesse der Halleschen Pfännerschaft, die Erweiterung der Basis komme beiden Teilen zugute.

Sachsenwerk, Licht- und Kraft-A.-G., Niedersedlitz. Die Gewinn- und Verlustrechnung und den Dividendenvorschlag für 1925 (8 % sowie ausserordentlich 3,08 Mill. RM. Gold-Mark, 8 % Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht zu einem Begebungskurse von 105 % haben wir bereits ausführlich besprochen. Wir nannten die scheinenden Geschäftsbericht entnehmen wir, dass das Unternehmen stark beschäftigt war und einen Umsatz von zusammen 24 Mill. RM. erzielen konnte. Zu diesem Finanzierung wurden u. a. fremde Mittel beansprucht. Auf der Passivseite der Bilanz erscheinen daher Bankschulden einschließlich eines von den Banken gegebenen auf lange Zeit unkündbaren Darlehens gegenüber den Vorjahren steigert von 6,745 auf 3,162 Mill. M., Akzepte sind verringert mit 2,883 (6,026) Mill. M. Forderungen der Lieferanten mit 1,822 (1,004) Mill. M. An Anzahlungen der Kunden mit 2,001 (1,431) Mill. M. Bankguthaben stehen mit 3,408 (2,19) Mill. M. Wertpapiere, die inegesamt von 5,81 auf 11,505 Mill. M. erhöht wurden, verdoppeln zu Buche stehen, sind diesmal gegliedert, und zwar in Schuldverschreibungen 3,442 Mill. M., Vorzugsaktien 3,153 Mill. M., Fabrikate und Anzahlungen in Ansatz 4,712 Mill. M. Steigerung der Vorräte und Aufträge in Arbeit ist ebenso wie die der Schulden auf die ausserordentlich günstige Beschäftigungsentwicklung des Unternehmens zurückzuführen. Man muss daher der Verwaltung zustimmen, wenn sie im Geschäftsbericht sagt, sie bedauere nicht, von der Abbösung ihrer Kredite und Verpflichtungen Abstand genommen zu haben, obwohl sie dazu in der Lage gewesen wäre. Es ist ja ihr günstiger Stand, die Zurückhaltung der Geldmarktlage andererseits, nunmehr die Konsolidierung durch die erwähnte aussichtsreiche Vorzugsaktienemission. Dem Vorschlage durch die Generalversammlung am 26. Juni als sicher gelten kann, vorzunehmen. Übrigens haben sich die Verbindlichkeiten von Sachsenwerk, wie von der Gesamtindustrie gesagt wird, vom Abschlusstermin 1925 bis zur Fertigstellung des Geschäftsberichts (der vom Mai datiert) um etwa 1½ Mill. M. ermässigt. Die lebhafte Konjunktur sei im laufenden Jahr von einer ruhigeren Entwicklung abgelöst worden, infolge weiterer Vereinfachungen und Sparmassnahmen erzielt aber selbst für den Fall eines verringerten Jahresumsatzes unter Wahrung Verbehalt ein befriedigendes Ergebnis erhofft.

Die Elektrowerke A.-G. zu Berlin, Berlin-Charlottenburg, die ihren Kraftwerk Zschornewitz mit Feierschichten arbeiten haben ihren Betrieb wieder voll aufgenommen, nachdem auch die Elektrizitätsarbeiter unter ungünstigen Einflüsse der Wirtschafts- und Finanzkrisen Kayna des Elektrizitätswerkes Sachsen-Anhalt besorgte, übertragen worden.

Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft, Dessau. Die Gesellschaft plant den Bau einer Kokereiteilung von Dessau nach Nienburg a. d. Saale.

„Iuag" Industrie-Unternehmungen A.-G., Erlangen. Der Prozess wegen Anfechtung der Gültigkeit der Beschlüsse des Jahres 1925 ist nunmehr der Beschluss der Generalversammlung vom 9. März 1925 entschieden und die Kapitalumstellung durchgeführt werden kann. Im Jahre 1925 erzielte Reingewinn von 57 038 M. einschl. 22 884 M. Vortrag. Wir sind auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Düsseldorfer Maschinenbau-A.-G. vorm. J. Losenhausen, Düsseldorf-Grafenberg. Das Geschäftsjahr 1925 standen, wie der Vorstand in seinem Bericht hervorhebt, unter ungünstigen Einflüsse der Wirtschafts- und Finanzkrisen. Der Hauptabsatzfeld des Unternehmens, das rheinisch-westfälische Industriegebiet, schied infolge Steinkohlenbergbaues als Besteller fast ganz aus. einige Erzeugnisse gingen den Daniederliegens des Durch Abstattungsverkauf auf anderen Gebieten Fortschritte der Gesamtumsatz gegenüber dem Vorjahre geringfügig erhöht werden, jedoch mengenmässig wieder die Vorkriegshöhe zu erreichen. Der Rohgewinn stieg auf auf 442 078 (400 000) Reichsmark. Nach Abzug der Handlungsunkosten, Abschreibungen und Zinsen ergibt sich ein Reingewinn von 5000 R.-M., der, wie schon von uns gemeldet, vorgetragen werden soll. In der Bilanz selbst zeigen die Anlagewerte keine wesentlichen Veränderungen. Die Zugänge auf diesen Konten stellen die notwendigen Verbesserungen und Ergänzungen der Werkseinrichtungen dar. Im übrigen sind auf der Aktivseite Vorräte von 877 616 R.-M. am 31. Dezember 1924 auf 973 298 R.-M. gestiegen. Den Ausenständen, die ein Ausmass von 924 100 R.-M. auf 442 290 R.-M. erfahren haben und sicherer, grösstenteils inländischen Forderungen gegenüber stehen, auf der Passivseite Gläubiger gegenüber, die sich von 472 601 R.-M. auf 724 075 R.-M. gesteigert haben. Im übrigen ist „Sicherheitsschwung", das Rückstellungen für Leistungen beziffert, die sich im ersten Jahr zu Lasten des Berichtsjahres noch zu verausgaben sind, steht mit 121 149 (78 265) R.-M. zu Buch. Das neue Jahr habe eine verschärfte Zurückhaltung der Besteller gebracht, so dass der Auftragseingang im ersten Quartal geringer gewesen sei. Man könne aber erwarten, dass der zurückgehaltene Bedarf der Interessenten sich hervorwagen werde, sobald ermutigende Ansichten für die erhoffte Besserung der allgemeinen Lage auftauchen.

Maschinen- und Kranbau A.-G., Düsseldorf. Der Vorstand hat Gesellschaftsaufsicht ist zurückgegangen werden, da mit den Gläubigern ein Moratorium bis 31. Dezember 1926 vereinbart worden ist. Die Betriebe werden fortgeführt.

Hugo-Reederei- und Bergungs-A.-G., Hamburg. Die Gesellschaft ist, dass die zum 17. Juni einberufene Generalversammlung nicht stattfindet. Diese Massnahme dürfte im Zusammenhang mit der von der Minderheitsgruppe gegen die Beschlüsse der letzten Generalversammlung eingeleiteten Gerichtsmaßnahmen stehen, die es verhindern soll, dass die Konkursverfahren Schiffahrt und Bergung die Aktienmehrheit verfügt, Einblick in die Geheimbücher des Unternehmens nimmt.

Kapitalserhöhung der A.-G. für Verkehrswesen, Berlin. Die Gesellschaft schlägt die Erhöhung des Grundkapitals um 1,5 Mill. R.-M. Aktien mit voller Dividendenberechtigung für 1926 auf 10,5 Mill. R.-M. vor. Die neuen Aktien sollen den Aktionären zu 105 % im Verhältnis von 6:1 angeboten werden.

Kahla — H. Schomburg u. Söhne. Die Generalversammlungen der in Interessengemeinschaft stehenden Porzellanfabrik Kahla A.-G. und der H. Schomburg u. Söhne A.-G. genehmigten für die die Stammaktien dividendenlosen Abschlüsse. Das Bilanzkonto der Vorzugsaktien bei Kahla wurde von 12 auf 3 Millionen herbabgesetzt. Der vorliegende Auftragsbestand hiete den Werken für die nächsten Monate Beschäftigung. Für die Elektro-Werke seien einige grössere Auslandsaufträge eingegangen.

G. C. Müller, Gummiwarenfabrik A.-G., Berlin. In der Generalversammlung wurden die Regularien genehmigt. Das Unternehmen hat in 1925 stark unter den enormen Preisschwankungen für Rohgummi gelitten. Der Aufsichtsrat wurde auf Wunsch um drei Herren, die Schwierigkeiten verstanden, Dafür wurde von Justizrat Fux gewählt. Schliesslich wurde beschlossen, die Durchführung der vor zwei Jahren genehmigten Kapitalerhöhung um 200 000 M. zu weitere zwei Jahre zu verlagern. Im neuen Jahr hatten sich die Verhältnisse nicht unwesentlich gebessert, trotzdem die Preise noch immer starkst gedrückt liegen. Durch Aufstellung neuer Maschinen sei die Leistungsfähigkeit des Unternehmens erhöht worden. Die finanziellen Verhältnisse hätten sich durch Aufnahme einer fünfjährigen Hypothek in Höhe von 200 000 M., die zu 11 % (!) verzinslich ist, konsolidiert.

G. C. Dornheim A.-G., Lippstadt. Der Gesellschaft beantragt Kapitalerhöhung um 0,4 Mill. M.

Victoria-Versicherungs-Konzern. Es werden folgende Dividenden beantragt: Victoria zu Berlin, Allgemeine Versicherungs A.-G. 10 % der Einzahlung (i. V. 8 %), Victoria Feuerversicherungs A.-G. 12 (6) %, Victoria zu Berlin, Lebens- und Transportversicherungs A.-G. 5 % und 5 M. je Aktie (wie i. V.), Victoria am Rhein, Allgemeine Versicherungs A.-G. 4 % und 10 M. je Aktie (wie i. V.), Victoria Rückversicherungs A.-G. 6 % (wie i. V.).

A.-G. Brown, Boveri u. Co. in Baden (Schweiz). Die A.-G. Brown, Boveri u. Co. in Baden (Schweiz), die die Hauptgesellschaft für die Brown, Boveri u. Cie. in Mannheim, erschlosse die Verteilung einer Dividende von 7 % gegen 6 % im Vorjahre.

Dividendenvorschläge.

Steinkohlen-Bergbau A.-G. Hundsfeld, Düsseldorf: 0 %.

Dürrwerke A.-G. Düsseldorf-Rathingen: 0 %.

Bremer-Besigheimer Oelfabrik A.-G., Bremen: 0 %.

Metallwerke A.-G. vorm. Luckan u. Steffen, Hamburg: wieder 6 %.

Neucintragungen im Berliner Handelsregister. Onoplast Company m. b. H., Berlin, Friedrichstr. 12 (Tabak-Verschleiß). Stammk.: 75 000 R.-M. Geschäftsf.: Kommerzienrat Richard Schiller. — „Interos" Spedition-G. m. b. H., Hamburg-Berlin, Charlottenburg, Hardenbergstrasse 30. Stammk.: 12 600 R.-M. — Geschäftsf.: Kfm. Bernhard Schwenecke. — „Deutscher Tauhnfeisenverband", G. m. b. H., Berlin, Alt Moabit 132. Stammk.: 10 000 R.-M. Geschäftsf.: Dr. Ernst Klose.

Neue Konkurse. Die gesperrten Orte, namen zeigen das zuständige Amtsgericht an; die Daten sind Konkurseröffnungen. Barmen: Fa. Licht u. Kraft G. m. b. H.; 10. 7. 26. — Berlin: Julius Stilke Möbelfabrik A.-G., Charlottenburg, Quedlinburgerstr. 38; 15. 7. 26. — Bielefeld: Fa. Brunnenstr. 165; 22. 7. 26. — Breslau: Schlesische Silberfachfarm G. m. b. H.; 12. 7. 26. — Crefeld: Fa. C. A. Schmitz; 10. 7. 26. — Hagen: Fa. Hermann Tuttl, Mahl- Komm.-Ges. auf Aktien Zimmer u. Co.; 28. 6. 26. — Oppeln: Bankommanditgesellschaft Knittel u. Co.; 20. 7. 26. — Stuttgart: Industriebau Feuerstraße Willy Dietrich, Komm.-Ges.; 11. 8. 26.

Zinsermässigung für die Personalkredite der Rentenbank und der Rentenbankkreditanstalt. Im Anschluss an die Herabsetzung der Reichsbankzinsen haben die Rentenbank und die Rentenbank-Kreditanstalt beschlossen, die Zinsen für die Personalkredite auf 6½ % für die bevorzugten Institute, die Raiffeisen-Genossenschaften, auf 6 % bzw. 5½ % (Genossenschaften) herabzusetzen. Die Zinsermässigung tritt gegenüber den Kreditinstituten ab 7. Juni in Kraft, ebenso gegenüber den Landwirtschaftlichen Kreditinstituten, die zu einen laufenden oder Lombard-Barkredit handeln. Bei Wechselkreditinstituten muss die Ermässigung gegenüber dem Landwirt von der nächsten Prolongation ab eintreten. Soweit der Wechsel über 3 Monate, vom 7. 6. an gerechnet laufe, hat man diesen Tage an volle Rückvergütung zu erfolgen. Als Höchstzinssatz, den der Landwirt zu zahlen hat, sind 8½ % einschl. Provisionen, mit Ausnahme des Wechselstempels, festgesetzt. Die übrigen Bewegungsfreiheit, die den Kreditinstituten durch die Festsetzung der Zinsen „grundsätzlich" bei dem Höchstzinssatz gelassen war, kommt in Zukunft in Fortfall, so dass 8½ % der absolute Höchstzinssatz ist.

Kein amerikanischer Dumping-Zoll für Eisen?

Unsere Frühjahrsbauaision hat wie man weiss, bei weitem nicht gehalten, was man sich in der Eisenindustrie von ihr versprochen hatte, und wenn man nur ihr jüngst durch Gesetzesbeschluss von 200 Millionen M. aufzuhelfen beschlossen, so sind diese Mittel bekannt, davon nur 50 Millionen bereitgestellt. Was die öffentlichen Bauten (Rummelsburg usw.) betrifft, so ist für sie das Eisen zum guten Teil schon lange disponiert, so dass sie kaum noch Bedarf der Industrie keine erhebliche Rolle mehr spielen. Allerdings wurde in den schwachen Inlandsbaaten in Bauiesen ein erweiterter Ausgleich durch verstärkten Versandnach den Vereinigten Staaten geboten, deren üppige Baukonjunktur der europäischen Formsenausfuhr sehr zugute gekommen ist. Beeinträchtigt wurde der deutsche Export dorthin allerdings, wie erinnerlich, durch die vor einigen Wochen verbreitete Nachricht, dass die Unionsregierung, um angeblichen Dumping entgegenzuwirken, einen Zusatzzollzuschlag auf deutsches Eisen einführen wolle, als Ausgleich für den Preisunterschied zwischen dem deutschen Inland und dem deutschen Export. Man hatte in Erwartung des dafür zu erlassenden Gesetzes vorgesehen, vom 21. Juni ab in der Zollbehandlung des unfertigen Gesetzes für Eisens derart zu verfahren, dass man vom amerikanischen Empfänger die Stellung eines Depots in Höhe des ungefähren, geforderten Zusatzzolls verlangen wollte. Wie wir erfahren, scheint man aber nun doch drüben von dieser zugunsten Deutschlands beabsichtigten Massnahme ganz abzusehen zu wollen. Falls es überhaupt (was sich noch keineswegs voraussagen lässt) zu amerikanischen Zuschlagzöllen für Eisen-Dumping kommen sollte, werden sie wohl ganz allgemein für europäisches Eisen und nicht speziell für deutsches zur Anwendung gelangen. Tatsächlich ist ja allen europäischen Eisenexporteuren neuerdings der erhebliche Formsenabsatz in der Union nur durch entsprechende Unterbietung der hohen amerikanischen Preise möglich geworden. Aus Fachkreisen wird uns versichert, dass europäische Offerten keine Aussicht auf Annahme haben, wenn sie nicht 4 Dollar pro Tonne billiger lauten als die der amerikanischen Werke, welch letztere sich bei ihren Verschenen nach übrigens immer noch einer sehr starken Beschäftigung erfreuen.

Was die allgemeine Preisgestaltung auf dem Weltmarkt betrifft, so gehen angesichts der in weiten Gebieten bestehenden unzulänglichen Nachfrage die Preise anhaltend zurück. Dazu kommt, wenigstens bei einer wöchtliches Handelsmaterial in Frage steht, dass Frankreich, Belgien und Deutschland durch den Währungsverfall zu sehr niedrigen Angeboten befähigt sind. (Den Stabeisenausfuhrpreis nennt man zurzeit mit etwa 95 bis 96 sh fob Antwerpen pro Tonne gegen etwa 106½ sh zu Anfang Januar 1926 und rund 114 sh vor Jahresfrist.) In Südamerika, wo u. a. Argentinien und Brasilien ausgebende Käufer für verzinkte Bleche zu sein pflegten, wie auch in Indien und Japan lässt das Geschäft sehr zu wünschen übrig. In Japan soll man nur derart niedrige Preise anzulegen genegt sein, dass das Zustandekommen von Abschlüssen überaus schwer ist. Die europäischen Ostländer sind ebenfalls sehr wenig kaufkräftig neben ihrer vielfach kritischen Wirtschaftslage — man denke etwa an Bulgarien — und der stellenweise bestehenden Währungsfrage nicht zu schneidet z. B. das Geschäft nach Rumänien ab, gleich Bulgarien, wo der dort bestehenden sehr lähmend wirkenden Devisenbestimmungen.

Am deutschen Inlandsmarkt bleibt die Lage, die hinsichtlich des Frühjahrsabsatzes so sehr hinter den Erwartungen zurückblieb, unabauernd rauhe. Die Ruhrwerke haben im Halmen der derzeitigen 35 % igen Betriebsstreckung Zugeständnisse hinsichtlich für etwa drei weitere Wochen Aufrechterhaltung. In einzelnen Erzeugnissen, so zum Beispiel in Grobblechen, dürfen kaum Marktwerte zwischen Zeit, geht der Auftragsbestand wohl kaum über 14 Tage hinaus. Der Markt, besonders für Stabeisen und Blech, wird noch beunruhigt durch Versteigerungen und Verkäufe von in schwachen Handen befindlichen Posten oder durch Lagerverkäufe, die von der Umstellung begriffenen Verarbeitungswerken. Waggonfabriken usw. abgestossen werden. Ausgenommen hiebei sind die konkurrenzlose die Werke der Weststaaten, namentlich die lothringischen, am deutschen Markt immer noch mit Unterbietungen in Deutschland aufzutreten. Wie bekannt, werden die Bestrebungen zur Erzielung einer internationalen Verständigung zurzeit eingung fortgesetzt. Aber bis es gelungen sein wird, zu einer Einigung zu kommen, werden sich aus der Fortdauer der Preiskrise noch für die deutsche Eisenindustrie noch mancherlei Schädigungen ergeben.

Die Bildung des Ruhrtrusts führt auch in der Verkaufsorganisation eine bedeutsame Verminderung des Apparats herbei, da die zugehörigen Werke ihre Handlungen verabredungsgemäss zusammenlegen. Im Kiner Platz, wo diese Handlungen schätzungsweise Bereich ein Viertel bis ein Drittel des Berliner Gesamtumsatzes in Händen haben, werden also Thyssen, Rheinstahl, Rheinische und Phönix nur noch Ruhrgut u. Staerk unter Thyssens Führung in einem einzigen Betrieb zusammengefasst.

P. J.

Sonderkredit für landwirtschaftliche Kleinbetriebe. Wie mitgeteilt wird, hat das Reichsfinanzministerium es ermöglicht, aus freigemachten eigenen Mitteln weiter 5 Mill. M. für landwirtschaftliche Kleinbetriebe einsch. der Pächter zur Verfügung zu stellen, nachdem der Angst bereits 4 Mill. M. für den gleichen Zweck zur Verfügung gekommen sind.

Internationale Exportvereinständigung im Röhrenverkauf. Die Verständigung über den Export zwischen der Gruppe Mannesmann, Phönix und sämtlichen Röhrenwerke einerseits und der Gruppe Thyssen, Röhren und der tschechoslowakischen Röhrenwerke sowie der Stinnerkhütte andererseits ist zustande gekommen. Ueber die Einzelheiten dieser Vereinbarung werden in Kürze weitere Beratungen stattfinden.

Die Anleihe der Stadt Emden überzeichnet. Die Stadt Emden hat die 6 % Goldanleihe der Stadt Emden ist infolge mehrfacher Überzeichnung vorzeitig geschlossen worden.

Neuzeitliche, preiswerte Telefonanlagen

Parole:

Gesellschaft für automatische Telefonie G. m. b. H., Charlottenstr. 7. Tel.: Dönhoff 5067/68

Börsen und Valuten.

Berliner Börse.

An der Nachbörse schwächte sich die Stimmung zunächst etwas ab, doch konnten im Verlaufe die offiziellen Kurse wieder erreicht werden. Darüber hinaus wurden Phönix mit 109¼ Gelsenkirchen mit 119¾ und Harpener 129¼ Gewinn. Ferner konnten Siemens 113¼—113¾, Mannesmann 106¾, Elektrokaufen sich der ruhigen Verkehr, Siemens 154¾, A. E. G. 125¾. Schiffahrtsaktien waren gleichfalls still, Hapag 138, Nordd. Lloyd 136. Chemiewerte wurden ferner Deutsche Erdöl mit 114¾, Farbenindustrie Chemische Gas 111¾, Charlottenburger Wasser 88¾. Kriegsanleihe stellte sich 6,410.

Frankfurter Freiverkehrs-Abendbörse

von 10. 6. verkehrte in fester Haltung. Am Aktienmarkt standen Montanwerte im Vordergrund. Ferner bestand Interesse für Chemiewerte; dagegen waren chemische Aktien ruhiger. Am Rentenmarkt lagen deutsche Anleihen behauptet.

Staatsanleihen. 5 % Reichsanl. 0,410, 4½ % Cent. St.-Rte. v. 1918 3¾, 4½ Oest. Schatz 90¼, 4 % Tork. Zoll 12¾, 4 % Ungar. Gold-Rte. 17,90, 5 % Mexikan. abgem. 26,17½ bz, 5,5 % Mexikan. äussere abgem. 30,50, 4½ % Mexikan. Eisenbahn 34¾.

Bankaktien: Barmer Bankverein 94, Commerz- u. Privat-Bk. 136, Darmst. u. Nat.-Bk. 141,75, Deutsche Bk. 136, Disconto-Ges. 131,50, Dresdner Bk. 116,75, Metallbank 110, Mitteld. Creditbk. 110, Reichsbank 152,50, Rhein. Credit-Anst. 7.

Bergwerksaktien: Bochum 113, Buderus 73,50, Deutsche Erdöl 114¾, Gelsenkirchener 120,75, Harpener 130, Kali Westeg. 146, Kali Westerg. 137,50—138, Mannesmannröhren 107¾, Mansfeld. Bergbau 94, Phönix Bergbau 90, Rhein. Braunkohlen 140,75, Stein. Stahl 122,25, Laurahütte 86¾.

Industrieaktien: Adlerw. Kleyer 63,50, A. E. G. 125¾, Bemberg 128,75, Chemische Goldschmidt 92,50, Bergmann Elektr. 119,50, Bing Metall 49, Deutsche Erdöl Berlin 115,75, D. Gold- u. Silberscheideanstalt 132,50, Elekt. Licht u. Kraft 142, Farbenindustrie 154¾, Felten u. Guilleaume 138, Goldschmidt, Th. 80,50, Hamburger Elektr. 124, Kabel Felten u. Co. 122,60, Lechwerke Augsburg 107, Riebeck. Metall Vorzug 92,75, Rütgerswerke 84, Siemens u. Halske 154, Voigt u. Haffner 90,50, Westeregeln 137,50—138, Mannesmannröhren 107¾, Mansfeld. Bergbau 94, Phönix Bergbau 90, Rhein. Braunkohlen 140,75, Stein. Stahl 122,25, Laurahütte 86¾.

Wiener Börse.

Bankverein	99		Prager Eisen	1420	
Länderbank	78		Poldihütte	1	
Niederösterr. Eskt. A.	265	268	Krupp	265,1	
Alpine Montan	1	1	Austro-Fiat	19	
Donau-Dampfschiffahrt	337,5	339	Perlmoser	115	
Rimamuranyi Eisen	87	88	Perlmoser	430	435
Berg und Hüttenw.	4165		Südbahnprioritäten	73	85,5

Amsterdamer Börse.

Holz.			Gesenk. Bell. Pelz.	182	
Ned. Indien	1045	1045	Ned. Kol. Mij.	182	
Ned. Kol. Mij.	1	1	Amsterd. Rubber.	2987	
Ned. Kol. Mij.	1005	1005	Amsterd. Rubber.	2987	
Ned. Handel Mij.	1	1	Bandeng. Amst.	647	648
Jurg. Burg. St. A.	167		Bell Maatschappij.	407½	

Amtliche Banknotenkurse.

Berlin, 10. Juni. Kurse für 1 Pfd. 1 Dollar, 100 Franken, 1 Milreis, 100 Escudos in 100 Einheiten.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Sovereigns	20,365	20,415	R. Not. 500-1000	4,187	4,207
20 Fr. Stücke	16,16	16,24	do. 100	4,187	4,207
Gold-Dollar	4,2035	4,2085	do. kleine	112,52	112,80
1 Dollar	4,187	4,207	Schweiz.	81,27	81,67
Holländ. Noten	168,19	168,61	Tschechoslow.	12,44	12,46
Belgische Noten	17,58	17,61	Tschech. abg.	7,41	7,43
Engl. Not. gr. St.	20,38	20,48	do. do. kl. St.	12,417	12,447
do. kl. St.	20,365	20,415	Dänemark.	112,52	112,80
Französ. Noten	16,50	16,58	Schweden	112,52	112,80
Italienische	18,37	18,43	Norwegen	112,52	112,80
Schweizer	81,27	81,67	Argentin. Noten	1,666	1,674
Tschechoslow.	12,44	12,46	Japan	1,886	1,894
Österreich.	59,90	60,10	Türkei	2,07	2,09
Danzig	80,60	81,00	Griechenland	5,45	5,47

Ostderivate.

Kurse für 1 Pfd. 10. Juni. Freiverkehr. Kurse für 100 Einheiten.

Auszahlung				G	B
Warschau	41,14	41,86	Posen	41,61	41,91
Danzig	80,60	81,00			
Kattowitz	41,14	41,86	Posen	41,61	41,91
Riga	80,75	81,15	Riga	81,75	82,15
Kowno	41,44	41,76	Kowno	41,44	41,76
Kowno	41,245	41,455	Lettland	81,75	82,15
Lettland	81,75	82,15	Estnische	1,115	1,115
Kattowitz	41,39	41,61	Wien	59,05	59,35

Danzig.

	10. 6.		6. 6.	
Bank-Aktien (Bazar, Goldmünzen)				
100 Reichsmark	123,296	123,604	122,831	123,139
100 Reichsmark	123,248	123,554	123,221	123,529
100 Zloty	81,75	82,15	81,75	82,15
Warschau	10. 6.		6. 6.	
Berlin	46,78	46,92	Berlin	46,78
London	46,78	46,94	Zürich	194,00
Amsterdam	168,19	168,61		
Prag	10. 6.		6. 6.	
Amsterdam	1205,95	1209,05	Italien	186,—	186,50
Berlin	12,44	12,46	London	133,85	134,15
Zürich	57,05	57,15	Paris	100,50	101,75
Kopenhagen	659,05	660,75	Budapest	0,0000	0,0000
Mailand	137,05	137,35	Wien	4,795	4,785
Madrid	1,0000	1,0000	Belgrad	1,0000	1,0000
Sofia	3,025	3,035	Polnische	3,25	3,24
Wien	10. 6.		6. 6.	
Prag	7,4125	7,4375	Wien	0,0000	0,0000
Budapest	0,0000	0,0000	Budapest	0,0072,30	0,0072,30
Belgrad	0,0000	0,0000	Belgrad	0,0000	0,0000
Italien	1,9	1,95	Italien	3,75	3,75
Paris	1,35	1,35	Paris	2,7175	2,7175
Amsterdam	2,25	2,25	Amsterdam	5,05	5,05
London	17,65	17,65	Warschau	5,40	5,40
Zürich	7,65	7,65	Zürich	25,60	25,60
Athen	0,0000	0,0000	Athen	0,0000	0,0000
Kopenhagen	0,0000	0,0000	Kopenhagen	0,0000	0,0000
Madrid	0,0000	0,0000	Madrid	0,0000	0,0000
Amsterdam.	10. 6.		6. 6.	
Offiziell				
London	12,165	12,11	New York.	2,485	2,481
New York	2,485	2,481	Montreal	2,485	2,481
Paris	0,0000	0,0000	Paris	0,0000	0,0000
Brüssel	0,0000	0,0000	Brüssel	0,0000	0,0000
Schweiz	48,20	48,20	Schweiz	48,20	48,20
Italien	0,0000	0,0000	Italien	0,0000	0,0000
Kopenhagen	65,95	65,90	Kopenhagen	65,95	65,90
Madrid	0,0000	0,0000	Madrid	0,0000	0,0000
Oslo	55,35	55,30	Oslo	55,35	55,30
Kopenhagen:		10. 6.		6. 6.
Amsterdam	89,50	89,90		89,90
London	6,40	6,40		6,40
Oslo	107,50	108,00	Berlin	107,50	108,00
Paris.	10. 6.		6. 6.	
London	124,75	124,75	Amsterdam	1,0000	1,0000
Prag	1,35	1,35	Rom	122,00	122,00
New York	33,50	33,40	Brüssel	123,00	123,00
Brüssel	100,40	102,00	Madrid	405,50	409,00
Lettland	1,00	1,00			

London, Schlussdevisen von 10. Juni.

New York	10. 6.	9. 6.		10. 6.	9. 6.
Montreal	4,86,42	4,86,25	Budapest	27,50	27,50
Amsterdam	12,08,75	12,15,87	Belgrad	276,00	276,00
Paris	168,81	162,50	Prag	84,75	84,75
Brüssel	124,75	124,75	Madrid	19,00	19,00
Italien	133,50	131,50	Konstantinopel	913,50	913,50
Schweiz	25,17½	25,17½	Athen	1,00,50	1,00,50
Schweden	25,13	25,13	Wien	34,45	34,47
Oslo	24,75	24,75	Sofia	3,50	3,50
Kopenhagen	18,35	18,40	Buenos-Aires	45,18	45,40
Madrid	34,50	34,50	Rio de Janeiro	5,75	5,75
Oslo	21,84½	21,84½	Valparaiso	97,53	97,53
Bukarest	0,75	0,75	Montevideo	85,25	85,25
Reichsgeld	193,25	193,25	Valparaiso	39,90	39,90

Ueberseische Wechselkurse auf London.

	10. 6.	9. 6.		10. 6.	9. 6.
Sombay sh. 1. 1 Rp.		1/3⅝			1/3⅝
Hongkong sh. 1. 1 Dollar		2/3⅝			2/3⅝
Hongkong sh. 1